

10 | Dezember 2016

# Attersee. *REPORT*

**„Am Tor zu einer  
anderen Zeit“**

## **Protokoll einer Wende**

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

**Umzug in den  
politischen Nebentrakt**

**Antworten auf den  
Umbruch in der Arbeitswelt**

Tanja Leopold

**Der Roboter - ein Vorgesetzter?**

Christine Schadenhofer

**Gekommen um zu bleiben?**

A close-up photograph of a woman wearing a white fur hat. She is smiling broadly, showing her teeth, and looking upwards and to the right. The background is a plain, light color.

*Wir wünschen  
unseren Lesern  
einen unbeschwerten  
& hoffnungsfrohen Advent*

Ihre Attersee Report-Redaktion

## **Inhalt**

Protokoll einer Wende.....	Seite 6
Andreas Kirschhofer-Bozenhardt Umzug in den politischen Nebentrakt.....	Seite 10
Verlorene Geschichte, verlorene Vergangenheit.....	Seite 14
Was wird aus dem Wissen.....	Seite 16
Antworten auf den Umbruch in der Arbeitswelt.....	Seite 19
Tanja Leopold Der Roboter - ein Vorgesetzter?.....	Seite 24
Christine Schadenhofer Gekommen um zu bleiben?.....	Seite 29
Uwes Gedanken.....	Seite 31
Meinungsforschung und Demokratie Unverdiente Prügel.....	Seite 32

### **IMPRESSUM**

Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee ■ Herausgeber: Komm.Rat. Alois Gradauer  
Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: (0732) 736426, E-Mail: [verein@atterseekreis.at](mailto:verein@atterseekreis.at) ■  
Redaktionelle Gestaltung: Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Gaferlweg 3; A-4073 Wilhering, Tel.: (07226) 4002-43,  
E-mail: [kirschhofer@drei.at](mailto:kirschhofer@drei.at) ■ Fotos sofern nicht gekennzeichnet: Fotolia.com / Pixelio.de / Wikipedia / pixaby.com

[www.attersee-forum.at](http://www.attersee-forum.at)

Der Atterseereport stellt eine Diskussionsplattform dar, die verschiedenen Autoren ermöglicht, sich zu gesellschaftlich und parteipolitisch relevanten Themen zu äußern. Die Aussagen können sich mit der Linie der FPÖ decken, müssen aber nicht. Die Aussagen sind Meinungen der Autoren und liegen in deren Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich im Bereich der Meinungsfreiheit. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder.

## Vorwort des Herausgebers

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

als diese Ausgabe des Attersee Reports erstellt wurde, waren in den USA die Würfel um den Einzug ins Weiße Haus gefallen, das Ringen um die Wiener Hofburg jedoch noch nicht entschieden. Die beiden Wahlkämpfe unterschieden sich hinsichtlich ihrer Brutalität wohlthuend voneinander, wengleich auch die österreichische Auseinandersetzung leider nicht frei war von politischer Unkultur. Einen Verstoß gegen die politische Fairness ist vor allem dem Fan-Club des grünen Kandidaten Van der Bellen anzulasten. Der Tiefschlag der Gruppe Haselsteiner, Konrad, Fischler & Co bestand darin, dem freiheitlichen Rivalen Norbert Hofer die Absicht zu unterstellen, einen Öxit anzustreben, wohl wissend, dass er dies keineswegs vor hat und eine solche Absicht in mehreren Erklärungen unmissverständlich verneinte. Worum es ihm geht, ist nicht der Austritt, sondern eine grundlegende Reform der EU, die sich unbestreitbar als eine Fehlkonstruktion erwiesen hat.

Unabhängig von der Unrichtigkeit und Untergriffbarkeit der Argumentation stellt sich die Frage, ob die Zugehörigkeit eines Landes zur Europäischen Union ausschließlich von einem wirtschaftlichen Kalkül bestimmt werden muss. Wir glauben, dass es neben dem wirtschaftlichen Wohlstand auch ein mentales Wohlbefinden gibt, dem die eigene Staatsführung ebenso wie die Lenkung der EU Rechnung zu tragen hat. Zum mentalen Wohlbefinden gehört die Überzeugung der Bürger, dass alles Erdenkliche unternommen wird, damit Europa nicht nur Europa heißt, sondern auch Europa bleibt. In diesem Sinn war es unbegreiflich, dem freiheitlichen Präsidentschaftskandidaten das Recht abzusprechen, seine Tätigkeit als mögliches Staatsoberhaupt mit dem christlichen Satz „So wahr mir Gott helfe“ zu verbinden...

Das offene Bekenntnis Hofers zur christlichen Kultur steht in einem krassen Gegensatz zur Feigheit der beiden deutschen Bischöfe Marx und Bedford-Strohm, die vor dem Betreten

des muslimischen Felsendoms in Jerusalem auf Geheiß des Imams ihre Kreuze ablegten. Sie haben sich, indem sie auf das Symbol ihres Glaubens verzichteten, in beschämender Weise dem Machtanspruch des Islam gebeugt. Man fragt sich in diesem Zusammenhang bedrückt, welche Signale der Treue zum Christentum und zur Bereitschaft seiner Verteidigung in letzter Zeit eigentlich von den österreichischen Kirchenfürsten kamen. Da eine ermutigende Antwort darauf nicht zu erhoffen ist, sollte man Norbert Hofer umso dankbarer sein für die Verschränkung seiner politischen Tätigkeit mit religiösen Prinzipien.

Zum Schluss bleibt mir noch eine Anmerkung in eigener Sache. Dieses Begleitwort zur neuen Ausgabe des Attersee Reports bedeutet für mich zugleich den Abschied von unseren Lesern als Präsident des Atterseekreises und als Herausgeber dieser Publikation. Es ist so, dass ich meine Funktionen in jüngere Hände übergeben möchte und für die anstehende Neuwahl nicht mehr kandidieren werde. Rund 55 Jahre in Beruf, Wirtschaft und Politik sind, so meine ich, genug. Was den Attersee Report betrifft, scheidet mich in der Gewissheit, zum Ende meiner aktiven Zeit gemeinsam mit dem Chefredakteur etwas geschaffen zu haben, das einen nützlichen Beitrag für die gesellschaftspolitische Unterrichtung darstellt. Die Zusammenarbeit mit Andreas Kirschhofer-Bozenhardt war getragen von fugenloser Übereinstimmung, hoher gegenseitiger Wertschätzung und letztlich ein lehrreiches Vergnügen.

Allen Lesern des Attersee Reports ein inniges Danke für die Aufmerksamkeit und die immerwieder spürbar gewordene Anerkennung unserer Arbeit.

Mit herzlichen Grüßen,



KommR. Alois Gradauer  
Präsident des Atterseekreises



Liebe Leserin, lieber Leser,

wir stehen an der Schwelle eines neuen Jahres, das in vielfältiger Weise Veränderungen erwarten lässt. Schon im Jänner werden in Österreich und in den USA die neu gewählten Präsidenten angelobt sein und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird es 2017 bei uns auch schon zu einer Neuwahl des Parlaments kommen. All dies wird die politische Szene von Grund auf in einer vorerst noch unwägbarer Weise verändern. Besonders folgenswer kann natürlich das sein, was in der Neuen Welt, dort, wo sich der Schwerpunkt der wirtschaftlichen und militärischen Macht befindet, geschieht. Wird der so gern verteuflerte Donald Trump die USA selbst und - als Dominoeffekt - uns allesamt in ein Verderben stürzen?

Auf den ersten Blick scheinen die von seinen weltanschaulichen Gegnern unermüdlich verbreiteten Ängste berechtigt zu sein, zumal es bei den Präsidenten der Friedensmacht USA bisher ja nur ganz selten wirklich friedlich zugeht. Woodrow Wilson und Franklin D. Roosevelt führten die Vereinigten Staaten in die beiden Weltkriege, Harry S. Truman ließ über Japan die ersten Atombomben abwerfen und ging in den Korea-Krieg, Kennedy unternahm eine missglückte Invasion in der kubanischen Schweinebucht, Johnson weitete das militärische Engagement der USA in Vietnam aus, unter Ronald Reagan besetzten US-Truppen Grenada, um der angeblichen Errichtung eines kubanisch-sowjetischen Stützpunkts zuvorzukommen, George Bush sen. führte den ersten Krieg im Irak, Clinton griff in Bosnien und Kosovo ein, Barak Obama übernahm das militärische Engagement der USA in Afghanistan und im Nahen Osten, genehmigte die ersten Drohneneinsätze und beteiligte sich am Militäreinsatz in Libyen. Letztlich war der Erdnussfarmer Jimmy Carter der einzige Präsident, unter dessen Regierung die USA in keine kriegerische Auseinandersetzung verwickelt waren. Illustrativ ist ein Ausspruch des ehemaligen 4-Sterne-Generals und CIA-Direktors M.V.Hayden: *„Im Töten sind wir ziemlich gut“*. Vor diesem martialischen Hin-

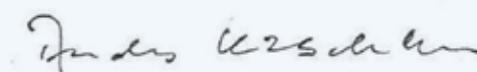
tergrund wirkt Trumps Absicht, die USA aus den militärischen Konfliktzonen zurückziehen zu wollen, einstweilen recht friedlich. Und was sein für viele so empörendes *„America first“* betrifft: War das nicht schon immer die stille Devise der amerikanischen Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik?

Das eigentliche Motiv der Scheu vor Trump ist, dass dieser Poltergeist die Europäer unfreiwillig zum Blick in ihren eigenen Spiegel zwang. Die in den USA sichtbar gewordene Polarisierung der Gesellschaft gilt in etwas anderer Form, aber aus ähnlichen Ursachen auch für den alten Kontinent. Trump ist auch ein europäisches Phänomen. Das vielleicht Gefährlichste an der Situation ist, dass daraus die falschen Schlüsse gezogen werden. Ein Kardinalfehler zeichnet sich bereits ab. Er besteht darin, dass man den neuen US-Präsidenten als Persönlichkeit bewertet, anstatt daran zu denken, die Ursachen zu beseitigen, die ihn für so viele Menschen wünschbar gemacht haben.

Alles in allem ist Trump und das Leben mit ihm freilich nicht das einzige und größte Zeit- und Zukunftsproblem. Das, was die Welt weit mehr verändern und verformen wird, sind die Folgen der Massenmigration aus Süden und Südost nach Norden und Nordwest, sowie die unter dem Schlüsselbegriff *„Digitalisierung“* diskutierte technologische Revolution. Noch ist nicht ausgemacht, ob der Roboter seinem Ruf als Zukunftsturbo gerecht werden wird und ob er sich am Arbeitsplatz eher als Kollege oder als Konkurrent entpuppt.

Der Attersee-Report hat versucht, in der vorliegenden Ausgabe einigen dieser Probleme nachzuspüren. Wir würden uns freuen, wenn es uns gelungen wäre, Ihnen mit unseren Berichten die eine oder andere nützliche Anregung zu vermitteln.

Herzlichst,



Chefredakteur





Der lachende  
Sieger Donald J.  
Trump.

# PROTOKOLL EINER WENDE



Die Nacht war von kaum überbietbarer Dramatik. Spätestens um 5.30 Uhr unserer Zeit hielt die Welt den Atem an, denn zu dieser Stunde verdichtete es sich zur Gewissheit, dass jenseits des Atlantik etwas Ungeheuerliches geschehen ist, etwas, das als neues Kapitel in die Geschichtsbücher eingehen würde. Um 5,30 Uhr MEZ stand fest, dass ein als Horror-Clown eingestuffer politischer Sonderling das Ruder in den USA übernehmen und damit die Geschicke der Welt bestimmen würde. Wer das Geschehen am Bildschirm mitverfolgte, wurde Zeuge eines medialen Schockerlebnisses. Endzeitstimmung machte sich breit. In der Panikreaktion auf das amerikanische Geschehen enthüllte sich zugleich das politische Innenleben hierzulande und bei unseren deutschen Nachbarn.

Was man in der Wahlnacht zunächst zu sehen bekommt, ist die geradezu verzweifelte Suche der Fernsehberichterstatter nach Erklärungen für den unerwarteten Siegeszug Donald Trumps, den niemand auf der Rechnung hatte und den auch niemand haben wollte.

Das Lamento über den ungewünschten Wahlgewinner beginnt mit Ausbrüchen des Zorns. Beispielgebend dafür ist der ORF-Kommentator Andreas Pfeifer. Seine spontane Eingebung lautet: „In den USA ist der Hass als Zeitphänomen noch größer als in Europa“. Pfeifer macht aus seinem eigenen Hass gegen den republikanischen Kandidaten kein Hehl, erinnert an dessen sexuelle Eskapaden, an seine wechselhaften Wirtschaftserfolge und malt ein rabenschwarzes Bild von den Folgen eines Trump-Sieges. Zentraler Befund: „Es folgt ein Präsident des Unfriedens“. In einem ARD-Kommentar fällt zeitgleich das Wort von einem „beginnenden Gemetzel“ an den Börsen. Eine Politologin deutet den Trump-Erfolg in der ARD als „Abstrafung der Globalisierung“.

Birgit Fenderl dann um 6.00 Uhr im Wiener ORF-Studio: „Ja, damit hat wohl niemand gerechnet“. Zu diesem Zeitpunkt steht es bereits 245:209 für Trump. Der von Fenderl befragte ORF-Kollege Ernst Kernmayer in Washington reagiert auf den Vorsprung des verhassten Kandidaten völlig fassungslos

und gerät beim Erklärungsversuch förmlich ins Stottern. In seiner völligen Fassungslosigkeit entschlüpft ihm der Satz „*Wer hat ausgelassen?*“ Eine peinliche Performance unseres Staatsfunks.

### Feindbilder nutzen sich ab

Der deutsche ARD-Kollege Jörg Schönenborn ist ungleich souveräner und klüger. Für ihn steht bereits zu diesem Zeitpunkt fest, dass der Wahlerfolg Trumps das Ergebnis einer überzogenen Dämonisierung dieses Politikers in den Medien war. Schönenborns These: *„Feindbilder nutzen sich ab, wenn sie zu lang getrommelt werden“*.

ZDF und ARD rechnen ihrem Publikum dann vor, dass vor allem die große Zahl einfacher und wenig gebildeter Wähler sich für Donald Trump entschieden haben. Es ist ein analytisches Strickmuster, das man nach Erfolgen von rechts der Mitte stehenden Kandidaten seit langem kennt. Resignative Deutung ansonsten: *„Der rechtspopulistische Trend ist weltweit“*. Zur Unterstreichung werden Gratulationen zum Trump-Erfolg von Geert Wilders, Viktor Orban und Marié Le Pen gemeldet. ORF-Mann Peter Fritz aus Brüssel dazu: *„Die Reaktion von Willders ist kein gutes Omen für die EU“*.

Die ORF-Zentrale in Wien bringt zwischendurch ein Interview mit der Kurier-Redakteurin Daniela Kittner. Sie rechnet nach dem Trump-Sieg mit gesellschaftspolitischen Rückschritten in der Frage der Frauenrechte oder in der Behandlung der Homosexualität. Ihr Kredo ist die Fortsetzung des Kampfs gegen Rechtspopulismus. Wörtlich: *„Die Medien müssen standhaft bleiben“*.

Die linksgrünen deutschen Kommentare hören sich ähnlich an. Man spricht von einem *„gefährlichen Signal an die europäischen Populisten“*; der deutsche Grünen-Chef Cem Özdemir warnt vor einer Kamera: *„Die Rechten sind auf dem Vormarsch“*.

Kennzeichnend für die ersten Reaktionen

der TV-Medien auf das politische Erdbeben in den USA ist das Überwiegen emotionaler Reflexe, bestehend aus Abscheu gegenüber den Persönlichkeitsmerkmalen Trumps und der panikartigen Furcht vor ihm als einem exzessiven Vertreter von law & order, einem rechtsextremen Zerstörer allen demokratischen Lebens, Fremdenhasser und überhaupt vor all dem, was eine faschistoide Persönlichkeit karikaturhaft auszeichnet. So gut wie undiskutiert blieb die Frage, was die Amerikaner bewogen haben könnte, einem manchmal psychopathisch wirkenden Mann, der überdies alle Medien gegen sich hatte, massenweise die Stimme zu geben. Die wirklichen Motive der Wähler, ihre mentalen Bedürfnisse, hatten für die Kommentatoren erstaunlich wenig Bedeutung gegenüber der stereotypen Wiederholung von Vorbehalten, in denen allzu deutlich die 68er-Formeln durchschimmerten.

### Die „Jetzt erst recht“-Strategie

Ungeachtet der Erkenntnis, wonach überstrapazierte Feindbilder ihre politische Wirksamkeit verlieren, reagierten vor allem deutsche TV-Anstalten mit einer „Jetzt-erst-recht-Strategie“ nach der Logik der Kurier-Dame Kittner auf das aus den USA heraufziehende politische Unheil. Was ZDF und ARD in den politischen Talkshows von Markus Lanz, Anne Will, Sandra Maischberger und Maybrit Illner am Tag nach der Wahl dem Publikum boten, waren ungehemmte Orgien medialen Hasses gegen all jene, die sich nicht der links-liberalen Phraseologie unterwerfen. Es waren - anders betrachtet - unbestreitbare Spitzenleistungen politischer Demagogie.

Dagegen wirkte Lou Lorenz-Dittlbacher etwas amateurhaft und provinziell, als sie in ihrer ZiB-2-Sendung einen „Populismusforscher“ ins Studio holte und ihm die naive Frage stellte, welchen Anteil die Emotionen am Ausgang einer Wahl haben. Als Polit-Moderatorin müsste sie eigentlich aus der Kommunikationsforschung wissen, dass nichts, was wir denken und wahrnehmen,

“

***So gut wie undiskutiert blieb die Frage, was die Amerikaner bewogen haben könnte, einem manchmal psychopathisch wirkenden Mann, der überdies alle Medien gegen sich hatte, massenweise die Stimme zu geben.***

“

**Aufschlußreich ist nicht zuletzt die Reaktion der Printmedien auf das Großereignis Trump.**

emotionsneutral ist. Offenkundig nicht bewusst ist ihr im übrigen, wie sehr sie selbst in Form von Unterstellungen und stereotypen Vorurteilen mit Emotionen und Affekten operiert. Bezeichnend war, dass in ihrem Interview mit dem Princeton-Professor zwar viel über die angeblichen Gefahren des ominösen Populismus fabuliert, nicht jedoch über Tatbestände geredet wurde, die als Motive für den politischen Unmut in Betracht zu ziehen sind. Völlig ausgeklammert blieben in der inhaltsleeren Diskussion Probleme wie Zuwanderung, Sicherheit oder die Wahrung der kulturellen Eigenständigkeit.

#### **Trump aus dem Blickwinkel der Printmedien**

Aufschlussreich ist nicht zuletzt die Reaktion der Printmedien auf das Großereignis Trump. Am ersten „Tag danach“ wirkten vor allem die Mainstream-Gazetten wie ein Hühnerstall, in den gerade ein Fuchs eingedrungen ist und nach Beute Ausschau hält - wildes Gegacker, Flügelschlagen, wirres Herumhüpfen auf den Steigen.

Im Kurier wütete Helmut Brandstätter in einem gewaltigen Rundumschlag gegen den neuen US-Präsidenten und seine europäischen Sympathisanten, beschimpfte in üblicher Manier Strache, Le Pen, Orban, Putin, ätzte über nationalstaatliches Denken, lobte Merkels Appell für die Beibehaltung von Werten, prophezeite finstere Taten des neuen Mannes im Weißen Haus, beschwor den Untergang von Freiheit und Demokratie und schwieg beharrlich über die möglichen Gründe der amerikanischen Wähler, Trump die Stimme zu geben.

Der Standard, das kleinere mediale Beiboot der political correctness, stellte seine Berichterstattung unter die Generalüberschrift: „Europas Rechtspopulisten bejubeln Trump-Sieg“. Hans Rauscher entwarf in seiner Kolumne das Schreckensbild einer wegen Trump ins Haus stehenden Weltrezession. Jeder habe in Europa Grund, sich auf kommende Umstürze vorzubereiten. Den „ver-

wirrten Regierungen wie der unsrigen“ gibt Rauscher den Rat: „Überlegt euch, was ihr tun könnt, um das schlimmste abzufedern“, ... „vor allem glaubt nicht, dass es schon nicht so schlimm kommen wird“.

In den OÖN fürchtete Gerald Mandlbauer zunächst die Folgen, die sich aus der Persönlichkeit des „selbstverliebten Immobilienmagnaten - hetzend, lügend, aggressiv und impulsiv“ ergeben könnten. Dazu Selbstkritik: „Alle haben sich getäuscht – die USA, das gesamte Establishment, die Politologen, die Medien“. Dann die Klage: „Heute Trump, morgen vielleicht Le Pen“, und schließlich Trost: „Trump ist eingebettet in ein System der Kontrolle und das Machtgleichgewicht“. Na also, sagt sich der Leser. Wozu dann die ganze Aufregung?

In der Presse empfahl Rainer Nowak seiner Leserschaft: „keep calm“ und erläuterte: „Weder die Welt, noch die USA werden untergehen.“ Im Gegensatz zu den meisten anderen Kommentatoren verzichtete Nowak auf eine Beschimpfung Trumps. Statt dessen Selbstkritik: „Wir, die Medien, liegen in der Einschätzung bevorstehender Referenden erschreckend oft weit daneben“ und: „Ein bißchen Demut wäre bei der Beurteilung der USA und ihrer Wähler angebracht“. Redaktionskollege Christian Ultsch ging einen Schritt weiter und witterte Folgen: „Donald Trump könnte das Ende der liberalen Weltordnung einläuten“.

In der Krone bezog Kurt Seinitz Position. Für ihn ist das Votum die Rache des bedrängten Mittelstands. Seinitz stellt die auch für Europa gedachte Frage: „Wird das abgehobene Establishment den Weckruf aus den USA verstehen?“ Seine eigene Prognose lautet: „Nein, wenn den Abgehobenen nichts anderes einfällt, als auf den angeblich so bösen Populismus zu schimpfen. Amerika war immer stolz gewesen auf seine „grass-roots“, auf sein Basisempfinden.“

#### **Empörung, Zwist und falsche Schlüsse**

Die Aufregung über das amerikanische Geschehen und die europäischen Gleichnisse



Mittendrin war gestern

# UMZUG

## IN DEN POLITISCHEN NEBENTRAKT

Rot und Schwarz wohnen nicht mehr im Hauptgebäude des Hauses Österreich

von Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

**K**aum ein Begriff im politischen Diskurs ist umschwärmter, begehrter, aber auch verschwommener und unklarer als „Die Mitte“. Für Politologen ist sie dort, wo es die meisten Wähler gibt, für die Wirtschaft bedeutet sie das Konglomerat mittelgroßer Betriebe, für ORF, Kurier, Standard, Falter oder Profil ist sie das Revier, in dem sich die Grünen und Linken tummeln und ihre Verwünschungen gegen die Rechten ausstoßen. Progressive Medien haben nämlich ein spezielles Geometrieverständnis. Für sie gilt in der Demokratie nicht die Gauß'sche Kurve, also die Normalverteilung mit einem großen statistischen Volumen im Zentrum und abflachenden Ausläufern an den Seiten. Ihr Demokratieempfinden ist asymmetrisch. Demgemäß hört die Mitte bei ihnen unvermittelt dort auf, wo Mathematiker sie eigentlich ansiedeln würden. Mitte bedeutet für sie Endstation. Rechts davon ist nach der Logik der demokratischen Sittenwächter unerlaubtes Territorium, auf dem sich niemand mehr politisch aufhalten darf. Wer sich auch nur einen Finger breit außerhalb des Stacheldrahts bewegt, wird ohne große Umstände zum Extremisten erklärt und als Staatsfeind mit Giftpfeilen beschossen. Rechts der Mitte gibt es nach linksliberaler Lehre keine Auslaufzone.

Das Verhexte an der Sache ist, dass sich die viel zitierte Mitte im politischen Bereich so



oder so nicht fixieren läßt. Es gibt für sie keinen 0-Meridian wie den von Greenwich.

### Die wirtschaftliche Mitte

Bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Mitte geht es noch so halbwegs. Da kann man sich bei der Definition mit den objektiv anmutenden Kriterien Besitz und Einkommen behelfen. Meßwerte sind das gesamte Haushaltseinkommen vor Steuern und Sozialabgaben. Die Berechnungen der Ökonomen stimmen dennoch fast nie überein. In Deutschland beispielsweise diagnostiziert die Konrad Adenauer Stiftung eine trotz Krisen stabil bleibende Mittelschicht, das Kölner DIW hingegen errechnete einen Schrumpfungsprozess innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte von 60 auf 54 Prozent. Alles in allem überwiegt in der Diskussion um die wirtschaftliche Mitte aber die pessimistische Erwartung ihres Schrumpfens. Als Ursachen dafür gelten ein zunehmendes Auseinanderdriften von Arm und Reich und die disproportionale Verteilung des Besitzes zwischen wenigen Superreichen und vielen Habenichtsen infolge eines kolportierten Raubtierkapitalismus und skrupelloser Raffgier der Wirtschaftselite. Dazu kommen Hinweise auf die starke Alterung der Bevölkerung. Erstaunlich selten ins Treffen geführt als Erklärung für die schrumpfende Mittelschicht wird einstweilen die ökonomische Last der Zuwanderung, die von der Bevölkerung mitgetragen werden muß.

### Die Suche nach der politischen Mitte

Ungleich schwerer als bei der wirtschaftlichen Situationsbeschreibung tut man sich, wie bereits angedeutet, mit der Bestimmung der politischen Mitte. Für sie gibt es überhaupt kein objektives Messkriterium. Sie unterliegt somit den unterschiedlichsten subjektiven und willkürlichen Deutungen. Entscheidend sind nicht kühle Ratio, sondern Emotionen.

Fast alle Parteien haben das Bemühen, sich als Vertretung der Mitte zu stilisieren. Dahinter steht die Spekulation mit dem Harmoniestreben der Wähler und dem insgeheimen

Wunsch von Menschen, in Eintracht mit anderen zu leben. Der Begriff „Mitte“ vermittelt insofern die Vision eines elysischen Massenerlebnisses einer großen Gemeinschaft, in der man sich geborgen fühlen kann und Schutz vor den mannigfaltigen Fährnissen unserer Zeit findet. Dem Wähler wird das verklärte Bild einer Versammlung suggeriert, in der verschiedene Weltanschauungen zu einer friedlicher Koexistenz zusammengefunden haben und gemeinsam eine synergetische Kraft entfalten.

Die Realität wird dieser Idealvorstellung freilich kaum jemals gerecht. Vor allem in Demokratien entwickelt die Vielfalt des Parteienspektrums weit eher eine zentrifugale als zentripetale Dynamik. Was das Epizentrum des politischen Mixtums betrifft, ist es angesichts des permanenten Prozesses der Konfliktbildung ständig in Bewegung. Die politische Mitte der Gesellschaft wandert, manchmal langsamer, manchmal schneller. Längere Zeit hindurch schien sie sich nach links zu bewegen, nunmehr geht es in den meisten europäischen Staaten nach rechts. Was voreingenommene Beobachter des Geschehens dabei verunsichert, ist die Tatsache, dass die klassischen Volksparteien, die sich so gern mit dem Nimbus einer starken Mitte umgaben, immer mehr an Gewicht verlieren und die ehemals kleinen Gruppierungen den roten und schwarzen Kartellparteien über den Kopf zu wachsen beginnen.

Die nachstehende Tabelle verdeutlicht den Zerfall der einstigen Großparteien in Österreich bei Nationalratswahlen.



## Es haben gewählt:

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	BZÖ	KPÖ	Lif/NEOS	Str/Andere
	%	%	%	%	%	%	%	%
1945.....	44,6	49,8	-	-	-	5,4	-	0,2
1949.....	38,7	44,0	11,7	-	-	5,1	-	0,5
1953.....	42,1	41,3	10,9	-	-	5,3	-	0,4
1956.....	43,0	46,0	6,5	-	-	4,4	-	-
1959.....	44,8	44,2	7,7	-	-	-	-	3,3
1962.....	44,0	45,4	7,0	-	-	-	-	3,6
1966.....	42,6	48,4	5,4	-	-	-	-	-
1970.....	48,4	44,7	5,5	-	-	-	-	3,6
1971.....	50,0	43,1	5,5	-	-	-	-	-
1975.....	50,4	42,9	5,4	-	-	-	-	1,3
1979.....	51,0	41,9	6,1	-	-	-	-	-
1983.....	47,6	43,2	5,0	3,4	-	-	-	0,8
1986.....	43,1	41,3	9,7	5,2	-	-	-	-
1990.....	42,8	32,1	16,8	6,8	-	-	-	1,5
1994.....	34,9	27,7	22,5	7,3	-	-	6,0	1,6
1995.....	38,1	28,3	21,9	5,2	-	-	5,5	1,0
1999.....	33,2	26,9	26,9	7,4	-	-	3,7	1,9
2002.....	36,5	42,3	10,0	9,5	-	-	-	1,7
2006.....	35,3	34,3	11,0	11,0	4,1	-	-	4,3
2008.....	29,3	26,0	17,5	10,4	10,7	-	-	6,1
2013.....	26,8	24,0	20,5	12,4	3,5	-	5,0	7,8
<b>Jetzt*).....</b>	<b>27-29</b>	<b>18-20</b>	<b>31-33</b>	<b>11-13</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>6-7</b>	<b>2-3</b>

\*) Mittelwert aus rezenten Umfragen

Die neue Situation schmeckt den Advokaten der politischen correctness ganz und gar nicht, weil Parteien, denen man gern das Merkmal eines unappetitlichen Rands zuordnete, plötzlich in der Mitte auftauchen, wo sie eigentlich nicht hingehören. Aus dieser Verlegenheit heraus wurde der politische Diskurs um den kuriosen, weil widersinnigen Begriff „*Extremismus der Mitte*“ bereichert. Nach der Logik dieser wahnwitzigen Wortprägung ist plötzlich der Berg zum Tal, das Tal zum Berg, das Lamm zum Löwen, der Löwe zum Lamm geworden. Die Verwirrung ist dank links-grüner Rabulistik vollständig.

Führt man die Parteienlandschaft in Österreich auf nüchterne Fakten zurück, lässt sich in aller Ruhe feststellen, dass die politische Mode einen eindeutigen Farbwechsel voll-

zogen hat. Man trägt mehrheitlich blau. Rot und schwarz haben sich abgenutzt und sind „out“. Angesichts ihrer kläglichen Stimmenanteile haben SPÖ und ÖVP zugleich das Anrecht verwirkt, sich als Bewohner des politischen Hauptgebäudes darzustellen. Sie sind, bildlich ausgedrückt, in die mit bröckelnden Fassaden bestückten Nebentrakte des Hauses Österreich gezogen. Die Grünen und Neos hingegen besetzen auf dem politischen Areal zwei Gartenhäuschen und kreischen auf den Spielplätzen.

### Die „gefühlte“ Mittelschicht.

Metapher dieser Art geben noch keine Antwort darauf, was die ominöse Mitte der Gesellschaft, die im Grunde kein bestimmtes Parteiabzeichen trägt, denkt und fühlt. Auf-

schlüsse über die Denkmuster bieten Umfragebefunde des IMAS, das sich vor wenigen Jahren bei den Österreichern erkundigte, welcher Art von Personengruppen sie sich zugehörig fühlen.

Wie sich herausstellte, porträtieren sich die Österreicher in erster Linie als Menschen, denen die Familie viel bedeutet, und die außerdem häuslich, heimatverbunden, ordnungsliebend und umweltbewusst sind. Genau ein Drittel der Bevölkerung (33%) zählt sich ausdrücklich zur Mittelschicht. Deutlich seltener deklarieren sich die Österreicher u.a. als Zugehörige der Arbeiterklasse, als Bürgerliche, religiöse Menschen oder Europäerinne.

Besondere Aufmerksamkeit verdient, was die „gefühlte“ Mittelschicht von einer Partei erwartet, der man gern die Stimme geben würde. Massiv gefordert wird von einer solchen Partei vor allem, dass sie auf Sicherheit und Stabilität achtet, die Meinungsfreiheit verteidigt, für gleiche Bildungschancen eintritt, sich für die „kleinen Leute“ einsetzt und dafür sorgt, dass die sozialen Unterschiede nicht zu groß werden. Ebenfalls stark gewünscht wird, dass die ideale Partei für die Neutralität eintritt, die österreichischen Interessen in der EU verteidigt, dafür sorgt, dass sich die Zugewanderten anpassen und dass sie sich für Anständigkeit und Moral einsetzt. Einen hohen Stellenwert hat bei den Bekennern zur Mittelschicht überdies die Erwartung, dass die bevorzugte Partei für eine strenge Bestrafung von Verstößen gegen Recht und Ordnung sorgt.

Nur ein sehr geringes Verlangen haben die Zugehörigen zur gefühlten Mittelschicht nach einer ethnischen Umformung der Gesellschaft: Lediglich 19 Prozent von ihnen erwarten von ihrer bevorzugten Partei, dass sie die Bildung einer multikulturellen Gesellschaft fördert.

### Mitte und Mitte ist zweierlei

Aus der Zusammenschau einer Vielzahl von

Einzelbefunden ergeben sich folgende Erkenntnisse:

Der Mitte kommt grundsätzlich eine große Bedeutung für die Stabilität einer Gesellschaft zu. (Hätte das zaristische Rußland eine Mittelschicht besessen, wäre dem Land sehr wahrscheinlich die „Oktoberrevolution“ 1917 erspart geblieben).

Bei der Diskussion über „die Mitte“ ist zu unterscheiden zwischen einer statistisch noch breiten Gemeinschaft von Menschen, die über ein ähnliches Haushaltseinkommen und einen relativ breit gestreuten Wohlstand verfügen sowie solchen, die sich in ihrem Wesen und Mentalität gefühlsmäßig der gesellschaftlichen Mitte zugehörig fühlen. Das Ideal wäre eine möglichst große Übereinstimmung zwischen der wirtschaftlichen Mittelschicht und der „gefühlten“ Mitte, in dem Denken sich auch die Harmonie mit dem politischen System widerspiegelt. Die Harmonie zwischen den Formen hat sich im Lauf der vergangenen Jahrzehnte kontinuierlich abgeschwächt und führte zu einer spannungsreichen Entfremdung.

Als wesentliche Ursachen für die Spaltungstendenz der einst homogenen Mitte gelten das Ende des traditionellen Familienbildes, die Abkehr von religiösem Verhalten sowie die Abwertung von Heimatbewußtsein und nationalen Idealen. All dies sind Spätfolgen eines linksliberalen Denkens, das von der „Frankfurter Schule“ und der 68er-Revolution des vergangenen Jahrhunderts ausging. Verstärkt wurde die Erosion durch die Diskrepanzen zwischen Regierungspolitik und Öffentlicher Meinung in den Flüchtlings- und Europafragen.

Die landläufig diskutierte Mitte besitzt kein uniformes parteipolitisches Selbstverständnis, wohl aber konforme Zielvorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft. Die gegenwärtigen Koalitionspartner werden diesen Zielvorstellungen nicht gerecht. Ihr Ausscheiden aus der Mitte ist ein konsequenter Vorgang, baldige Rückkehr schwierig. ■

### Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

war Stellv. Chefredakteur einer großen Tageszeitung und in weiterer Folge am Institut für Demoskopie Allensbach tätig, wo er zum Führungskreis um Prof. Elisabeth Noelle-Neumann zählte. In dieser Zeit als Berater der Deutschen Atlantischen Gesellschaft Mitgestalter einer Informationsstrategie der NATO. 1972 Aufbau der Institutsgruppe IMAS-International mit starken Akzenten auf Kommunikations- und Gesellschaftsforschung. Zahlreiche Publikationen.

# Verlorene Geschichte,

**H**istorische Symbolbegriffe haben eine geheimnisvolle Kraft. Worte wie „Doppelmonarchie“, „Ständestaat“, „Reformation“, „Austrofaschismus“, „Versailles“, „Kanzlerdiktatur“, „Hitlerzeit“, „Türkenkriege“, „Besatzungsmacht“, „Widerstand“ u.ä. können darüber entscheiden, wie man die Vergangenheit sieht und die Gegenwart einschätzt. Auch Jahreszahlen und Daten, wie zum Beispiel der 6. August 1806, als das Heilige Römische Reich deutscher Nation mit der Niederlegung der Kaiserkrone durch Franz II. erlosch, der 12. November 1918, an dem die „Republik Deutsch-Österreich“ ausgerufen wurde, der 8. Mai 1945, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa endete, oder der 1.1.1995, an dem Österreich formell Mitglied der EU wurde, markieren Wendepunkte, die einen Einfluss auf die mentale Beziehung des Bürgers zum eigenen Land haben können.

Am historischen Geschehen scheiden sich bisweilen die Geister, manchmal sogar innerhalb von Familienangehörigen, Bekannten oder Zeitgenossen. Bei der Wissensvermittlung sind fast zwangsläufig auch Gefühle im Spiel. Ereignisse wie die Erschießung des Tiroler Freiheitskämpfers Andreas Hofer durch die Franzosen; das Aufbäumen Maria Theresias gegen Preußens großen Friedrich in den drei Schlesischen Kriegen oder zuvor die Verteidigung Wiens und die Siege des Prinzen Eugen in den Türkenkriegen haben bei Generationen junger Österreicher in den Schulstunden je nachdem Trauer, Stolz, Scham, Bedauern oder Freude ausgelöst. Abgesehen von den Emotionen hat Geschichte, wie der Historiker Martin Schulze-Wessel vermerkte, eine wichtige Orientierungsfunktion. Das Eintauchen in die fremde Welt vergangener Epochen schult nämlich das Denken in Alternativen und schärft das Bewusstsein für politische Chancen ebenso wie für Versäumnisse. Darüber hinaus kann sich aus dem historischen Wissen in der Gesellschaft ein Immunsystem gegen die Wiederholung

von Fehlern, wie etwa jene des Nationalsozialismus, bilden.

Unter all diesen Umständen sollte man meinen, dass Geschichte neben den als vorrangig eingestuften MINT-Fächern eine unverzichtbare schulische Disziplin darstellt. Das ist jedoch zumindest in Deutschland nicht mehr der Fall. Im Gegenteil, laut Berichten der FAZ\*) besteht in den meisten deutschen Bundesländern neuerdings die Tendenz, den Geschichtsunterricht in den Mittelschulen abzuschaffen und durch ein neues Mischfach „*Gesellschaftskunde*“ zu ersetzen. In diesem sollen Geschichte, Geographie und politische Bildung aufgehen. Das neue Hybridfach wird nicht mehr durchgängig von professionellen Geschichtslehrern unterrichtet.

Als obligatorische Themen des Mischfachs sind z.B. vorgesehen: „*Ernährung*“ (Wie werden Menschen satt?) - „*Wasser für jedermann?*“ - „*Stadt und städtische Vielfalt*“ - „*Europa*“ - „*Tourismus, Mobilität*“ - „*Demokratie und Mitbestimmung*“. Dazu kommen Wahlthemen wie „*Religionen in der Gesellschaft*“ - „*Medien*“, „*Konsum*“, „*Mode*“.

Auch Themen wie „*Armut und Reichtum*“, „*Migration, Flucht und Vertreibung*“ sollen fächerübergreifend mit Erdkunde und politischer Bildung unterrichtet werden. Die Vermittlung des Wissens erfolgt nicht chronologisch, sondern im Längsschnittverfahren. Für die höheren Jahrgangsstufen wird (in Berlin) als wichtigstes Lehrziel die Fähigkeit genannt, historische Werturteile und Wertmaßstäbe zu entwickeln. Außerdem sollen die Schüler historische Sachverhalte zu einer Darstellung verbinden, sowie „*sinnhaft erzählen*“ können. Wie soll das aber ohne grundlegende Kenntnisse gehen? Die Schüler stehen vor der unlösbaren Aufgabe, Fachkenntnisse fächerübergreifend zu verbinden, ohne jemals die Fächer kennengelernt zu haben.

# verlorene Vergangenheit

Eine Zwischenbilanz: In Deutschland wird es künftig nicht wenige Schüler geben, die von geschichtlichen Schlüsselereignissen wie Französische Revolution oder Aufklärung keinerlei Kenntnis besitzen. Die heranwachsende deutsche Jugend wird infolge des fehlenden Basiswissens komplexe historische Zusammenhänge nicht begreifen. Das wird einen erheblichen Einfluss auf die politische Meinungsbildung und insofern auch auf die Gesamtbeziehung zu Staat und Gesellschaft haben.

## Geschichte wurde zweiseitig

Über das Warum des Verzichts auf das eigenständige Schulfach Geschichte mit der Vermittlung von Fakten und Daten erfährt man einstweilen recht wenig. Eine mögliche Erklärung könnte darin bestehen, dass man das ständig zunehmende Geschichtsvolumen ohne eine radikale Reduktion des Stoffs nicht mehr verkraftet. Allein das Geschehen im 20. und 21. Jahrhundert übertrifft die Dicke einstiger Lehrbücher bei weitem. Dazu gesellt sich das ganz neue und im Grunde viel schwierigere Problem, welche historische Vergangenheit einer ethnisch immer mehr durchmischten Gesellschaft vermittelt werden soll. Der Umgang mit der Geschichte ist nämlich zweiseitig geworden. Zum einen kann die Kenntnis der kulturellen, religiösen und militärischen Vergangenheit als eine mentale Klammer wirken, sofern es sich um eine sprachlich homogene und seit langem zusammenlebende Bevölkerung mit vertrauten Sitten und Gebräuchen handelt. In diesem Fall schweißt das Wissen um die von den Vorfahren gemeinsam durchlebten Nöte, Höhen und Tiefen zusammen und erzeugt ein „Wir-Gefühl“, das für die Selbstbehauptung eines Landes unverzichtbar ist. Zum anderen kann die historische Erinnerung der Österreicher oder Deutschen bei den Ankömmlingen aus fernen Kulturen einen kognitiven Stress erzeugen, der die Gegnerschaft von Stammbevölkerung und

Zuwanderern noch weiter vertieft. Welche Haltung sollen zum Beispiel zugewanderte Serben zur Ermordung Franz Ferdinands in Sarajewo beziehen? Sollen sich zugewanderte Türken gemeinsam mit den Einheimischen freuen oder ärgern, wenn sie hören, dass ihren Vorfahren 1529 und 1683 das Betreten Wiens mit Kanonenkugeln verweigert wurde? Was sollen Afghanen, Syrer oder Kenianer vom Investurstreit im Mittelalter oder von Martin Luther, der Reformation und den Glaubenskriegen wissen? Das alles sind Probleme, die einen unmittelbaren und sehr engen Zusammenhang mit der Integration aufweisen.

Der in Deutschland bereits zu einem Streitthema gewordene Wandel des Geschichtsunterrichts wird in Österreich einstweilen noch nicht in ähnlicher Weise diskutiert. Das Wegducken vor dem Problem ändert allerdings nichts an seiner Brisanz. Früher oder später werden auch hierzulande die Entscheider im Bildungswesen Farbe bekennen müssen, wie sie es mit unserer Geschichte halten und was von unserer Vergangenheit, die sich weit über 1000 Jahre erstreckte, der nachwachsenden Generation vermittelt werden soll.

Zu befürchten ist, dass beim Wissenstransfer ein zeitgeistiges Appeasementdenken die Oberhand bekommt und wichtige Markierungen unseres Wegs in die historische Rumpelkammer verfrachtet werden, nur weil sie dem pseudomodernen Ideal einer Mischmaschgesellschaft nicht entsprechen. Die Bereitschaft, im Rahmen der EU friedlich und konstruktiv mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, ist aber weder Anlass, noch Rechtfertigung für einen Verzicht auf unsere eigene Geschichte und unsere kulturelle Vita. Nationalgeschichte muss salonfähig bleiben.

Mehr noch: sie ist unantastbar. ■

- Aul -

\*) Quelle: Heike Schmolz: „Bald ohne Geschichte?“, FAZ 19.3.2015; Prof. Martin Schulze-Wessel: „Wie die Zeit aus der Geschichte verschwindet“, FAZ 14.9.2016.



(...) es wird nicht mehr lang dauern, bis auf einem kleinen Computer die Rechenkraft von 10 Milliarden Menschenhirnen versammelt ist.

## AUFKLÄRUNG II:

# WAS WIRD AUS DEM WISSEN?

**D**ie Sonntagspredigt der Moderne kennt man inzwischen auswendig: Digitalisierung ist für alle Wirtschaftszweige überlebenswichtig im Wettbewerb, Digitalisierung erlaubt maßgeschneiderte Kundenlösungen, ermöglicht bessere Vorhersagen und Entscheidungen, erhöht die Exportchancen, befreit vor körperlicher Anstrengung, sichert Standorte und schafft Arbeitsplätze. Mehr noch: Von der Digitalisierung hängt unser künftiges Wohl oder Wehe ab; Big Data und künstliche Intelligenz sind der Treibstoff für die Lebenswelt von morgen; Algorithmen treten an die Stelle religiöser Glaubenssätze und erhalten den Anstrich des Sakralen. Ängste vor nachteiligen Folgen des technologischen Fortschritts, der dem staunenden Zaungast schon jetzt den Atem verschlägt, sind unbegründet. Die Automatisierung wer-

de Arbeitsplätze nicht vernichten, sondern wie Pilze aus dem Boden schießen lassen. Das sagen zumindest die Funktionäre von Interessensvertretungen. Aber stimmt das auch ohne Wenn und Aber?

Unbestritten ist zunächst die atemberaubende Rasanz der Entwicklung. „*Bis zum Ende des Jahrhunderts wird es überintelligente Maschinen geben und Millionen von überflüssigen Menschen*“. Das Diktum des Physikers und Wissenschaftspublizisten Ranga Yogeswar drückt in knappster Form die Meinung so ziemlich aller Experten aus, die sich mit Robotertechnik, Digitalisierung und Automatisierung befassen. Zur Erinnerung: In den USA sind nach einer Studie der Universität Oxford 47 Prozent der Arbeitsplätze mit dem Risiko behaftet, schon bald von

Computern verdrängt zu werden. Welche Schubkraft an neuem Wissen ganz allgemein hinter den modernen wirtschaftlichen und sozialen Prozessen steckt, lässt eine Prognose des namhaften deutschen Technologen Prof. Schmidhuber erahnen. Seinen Worten nach wird es nicht mehr lang dauern, bis auf einem kleinen Computer die Rechenkraft von 10 Milliarden Menschenhirnen versammelt ist. In solchen Sachverhalten manifestieren sich zugleich die neuen, großen Sozialprobleme unserer absehbaren Zukunft. Ihre Dimension und ihre Brisanz wird von der Politik entweder noch nicht erkannt, oder aber verdrängt und verschwiegen.

Außer Zweifel ist indes, dass die zunehmende Verlagerung der menschlichen Leistungen auf maschinelle Intelligenz der Gesellschaft und der Arbeitswelt im Guten wie im Schlechten ein völlig verändertes Gesicht verleihen wird. Wir stehen mit zwiespältigen Gefühlen am Beginn eines Paradigmenwechsels. Die einen betrachten das am Horizont heraufziehende Zeitalter des allseits optimierten Homo oeconomicus als segensreich, andere, wie etwa die Informationstechnologin Yvonne Hofstetter, warnt vor einer Welt ohne Geheimnisse und Privatheit und einer schrankenlosen Herrschaft der Internetgiganten und Technologiekonzerne. Ihre zentrale Erkenntnis lautet: „*Sie wissen alles*“. Ist der freie Mensch ein Auslaufmodell?

### **Das neue Wissen: Nur Macht oder Übermacht?**

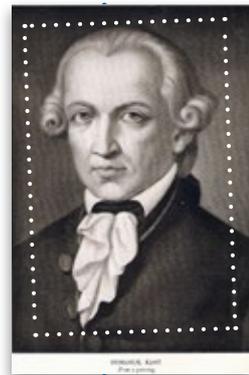
Was wir jetzt erleben, ist eine zweite Spielart der Aufklärung, die sich jedoch unter anderen Rahmenbedingungen vollzieht als die des 17. und 18. Jahrhunderts. Die 1. Aufklärung war geprägt vom Ruf nach Vernunft. Sir Francis Bacons Leitsatz lautete: „*Wissen ist Macht*“; Immanuel Kant forderte: „*Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen*“. Begleitet wurde die 1. Aufklärung von einem Abbau des Christentums. „*Christus selbst*“, vermerkte der Historiker Walter Görlitz, „*wurde nur als einer unter vielen Religionsstiftern betrachtet*“. Der französische Philosoph Denis Diderot erklärte im 18. Jh.:

„*Ein vernunftbegabter Mensch benötigt weder Gottes Weisheit, noch Gottes Güte*“. Die 1. Aufklärung war also verkettet mit einem Verzicht auf Moral. Das ist jetzt nicht viel anders. Die möglichen Folgen einer solchen Entwicklung sind in unserem Zeitalter jedoch ungleich dramatischer. Die Vision steht urplötzlich im Raum, dass wir von den Ergebnissen unseres eigenen Wissens überrollt werden. Wenn in der 1. Aufklärung das Verlangen nach Vernunft und Erkenntnissen die Szene beherrschte, müssen wir uns in der zweiten fragen, ob wir die Folgen des von uns geschaffenen Wissens noch im Griff haben. Dazu Yvonne Hofstetter: „*Als emergentes System vernetzen sich unabhängige Programme zu einer maschinellen Parallelwelt, die kein Programmierer je programmiert oder getestet hat und deren Dynamik wir weder kennen, noch ohne Weiteres analysieren können*“.

Einstweilen darf man sich noch an den Gedanken klammern, dass das tatsächliche Entstehen künstlicher Intelligenz samt autonomer, ungebremster Entscheidungen der Roboter letztlich eine Utopie bleiben wird. Allerdings zeichnet sich bereits ein anderes Dilemma ab, das schwer genug zu lösen sein wird. Es ist mit dem Stigma des Klassenkampfes behaftet, denn: Zum einen ist der pausenlose Zuwachs von Wissen sowie die Entwicklung raffinierter Technologien lebensnotwendig, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und insofern zu bejahen. Zum anderen vernichtet die Ökonomie des Fortschritts die traditionellen Arbeitsplätze.

### **Arbeit und Gesellschaftsordnung**

Arbeit hatte im Verlauf der Menschheitsgeschichte einen unterschiedlichen Stellenwert. Im alten Testament belegt Gott den ungehorsamen Adam mit der Verdammnis: „*Im Schweiß deines Angesichts sollst du dir dein Brot verdienen*“. Arbeit galt im urchristlichen Sinne also als eine Strafe. Heute ist sie ein moralisches Postulat. In den meisten Verfassungen wird Arbeit zwar nicht als einklagbares Recht, wohl aber als ein Programm-



“

**Einstweilen darf man sich noch an den Gedanken klammern, dass das tatsächliche Entstehen künstlicher Intelligenz samt autonomer, ungebremster Entscheidungen der Roboter letztlich eine Utopie bleiben wird.**

“

**Gewiss ist lediglich, dass unser Sozialsystem nicht auf den kontinuierlichen Verlust von überflüssig gewordenen Arbeitsplätzen vorbereitet ist.**

satz festgehalten. Die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* der UNO verpflichtet die Staaten, ihre Politik auf das Erzielen von Vollbeschäftigung auszurichten, um so eine bestehende Arbeitslosigkeit zu verringern und eine neue möglichst zu verhindern.

Wie aber lässt sich die Vorgabe der Menschenrechtsdeklaration unter den heutigen Rahmenbedingungen erfüllen? Man kann es drehen, wie man will: Wir werden einer Neuauflage der Frage, ob die künftigen Problemstellungen mit wirtschaftsliberalen, oder eher marxistischen Prinzipien bewältigbar sind, kaum ausweichen können. Zu klären ist, ob das Heil der morgigen Gesellschaft in selbsttätigen Mechanismen des Marktes und in möglichst großen Freiräumen privatwirtschaftlichen Handelns, oder in regulierenden Eingriffen des Staates liegt. Gewiss ist lediglich, dass unser Sozialsystem nicht auf den kontinuierlichen Verlust von überflüssig gewordenen Arbeitsplätzen vorbereitet ist. Es ist für die Politik hoch an der Zeit, sich der Sprengkraft dieser Probleme bewußt zu werden.

### **Merkmale der Problemdiskussion**

Kennzeichnend für die gegenwärtige Szene sind flammende Appelle zu mehr naturwissenschaftlicher

Bildung und Innovationsfreudigkeit zum Wohle von wirtschaftlichem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Wer der imperativen Forderung nach Digitalisierung nicht vorbehaltlos zustimmt, bekommt ohne viel Federlesens den Stempel der Fortschrittsfeindlichkeit aufgedrückt. Das wertfreie Nachdenken über die gesellschaftsverändernden Folgen des Fortschritts und mögliche Fehlentwicklungen unterliegt einem stillschweigendem Tabu. Die vagabundierende Scheu vor der Sturzflut kaum noch überschaubarer technologischer Entwicklungen hat keine Advokaten. Was die Politiker betrifft, so machen sie sich vor allem als Beschwichtiger von Ängsten, nicht aber als Zukunftsgestalter bemerkbar. Charakteristisch dafür ist eine Aussage des öö. ÖVP- Politikers Thomas Stelzer. Er meint, ein „*anything goes*“ sei vermeidbar und kündigt Grenzen in der Forschung an, die der Mensch ziehen werde.

Seine Botschaft lautet: „*Wir selbst bestimmen, welchen Fortschritt wir wollen*“. Als ob sich die Wissenschaft jemals an Begrenzungen gehalten hätte. Stelzers Formel ist übertragbar auf das Denken der meisten Strategen in Parteizentralen, Kammern und Gewerkschaften. Platitüden dieser Art beantworten leider nicht, was zu tun ist, wenn die Automaten keine neuen Jobs schaffen, sie vernebeln, wie die Existenz der überflüssig werdenden Arbeitskräfte gesichert werden kann und sie sagen nicht, aus wessen Tasche das Geld für deren Unterhalt kommen soll.

Übrigens: Wo bleibt in der immer bipolarer werdenden Gesellschaft die staatstragende soziale Mitte? Sie rüstet sich bereits zu ihrer Abschiedstournee. ■

empiricus

*Der voranstehende Essay ist die erweiterte Version eines Gastkommentars des Autors für die Tageszeitung „Die Presse“ (19.10. 2016)*

**Die Digitalisierung wird zum Damoklesschwert der Arbeiter...**



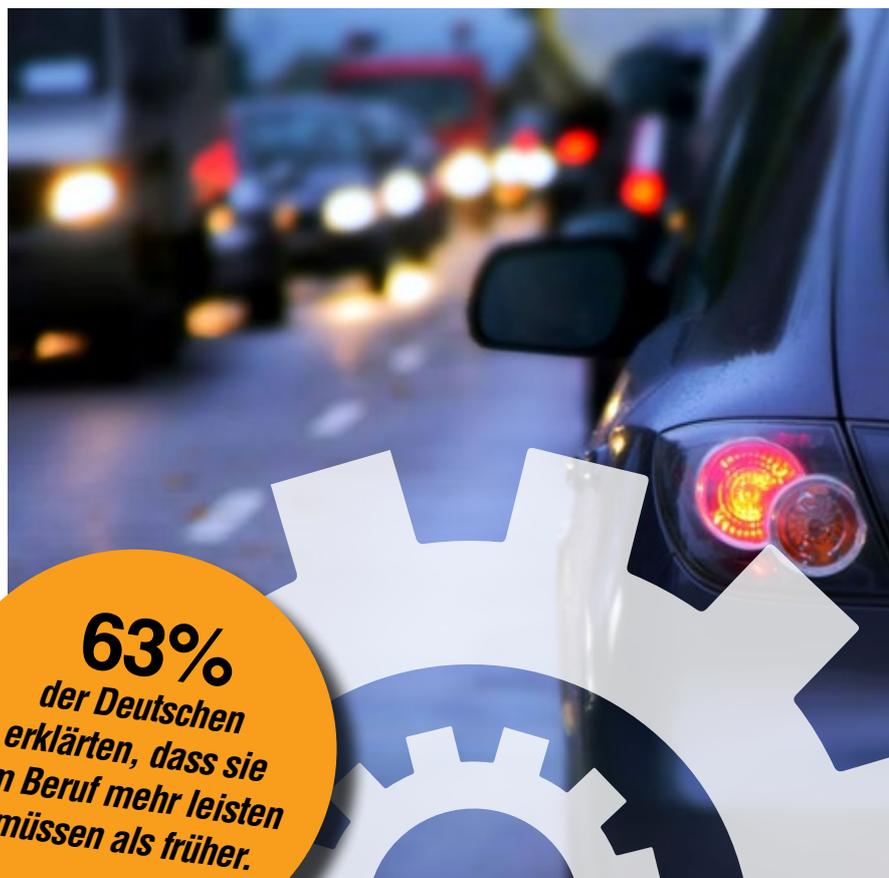
# ANTWORTEN AUF DEN UMBRUCH IN DER ARBEITSWELT

**Jeder Zweite schwankt im Urteil zwischen Hoffnung und Furcht – Das Befinden in der modernen Berufswelt hat entscheidenden Einfluss auf das Lebensgefühl**

**N**icht wenige müssen bereits vor Fünf aus den Federn, um rechtzeitig am Arbeitsplatz zu erscheinen. Bald darauf wälzen sich Kolonnen von Pendlern in ihren Autos in Richtung der großen Städte und Ballungszentren, denn dort vor allem gedeihen die Jobs. In den Städten selbst beginnt der Tag mit überfüllten Straßenbahnen oder Bussen. Am Arbeitsplatz dann kurze Begrüßung, ein paar flüchtige Worte mit Kollegen. Der Rest ist volle Konzentration auf eine berufliche Tätigkeit, die nach fester Überzeugung der Bevölkerung heute anspruchsvoller ist, als in früheren Zeiten. Genau genommen, waren es 63 Prozent der Deutschen, die in einer Umfrage des Münchner IMAS-Instituts erklärten, man müsse heutzutage im Beruf mehr leisten als vor zwanzig oder 30 Jahren; nur 7 Prozent tippten auf „weniger“. (Die deutschen Befunde der Untersuchung haben, wie man aus forschersicher Erfahrung weiß, richtwertartig auch auf die Ansichten der Österreicher Aussagekraft).

## Ist das Wissen eher Segen oder Gefahr?

Der massive Eindruck eines verstärkten Leistungszwangs erklärt sich aus dem Respekt, aber auch der Scheu der Bevölkerung vor den atemberaubenden Zuwächsen an technologischem Wissen und der Digitalisierung. 26 Prozent der Erwachsenen betrachten die neuen Technologien als einen Segen; praktisch gleich viele (25 Prozent) sehen sie als Gefahr. Furcht und Hoffnung verteilen sich in der Bevölkerung also in einem Verhältnis von 1:1. Am schwersten wiegt jedoch die enorme Unsicherheit der Bevölkerung bei der Einschätzung des Problems, das unseren



privaten und beruflichen Alltag wie kaum ein anderes umgestalten wird. Faktum ist, dass jeder zweite Erwachsene außerstande ist, eine klare Antwort darauf zu geben, ob die Moderne ein freundliches oder böses Gesicht hat.

Überzeugt vom Segen der Entwicklung ist in erster Linie die junge Generation. Die Vorstellung von Gefahr verbindet sich vor allem mit einfacher Bildung und einem höheren Lebensalter.

FRAGE. „Es wird heute viel von den neuen Technologien und der Digitalisierung gesprochen. Wie ist Ihr Gefühl: Betrachten Sie den wissenschaftlichen Fortschritt insgesamt eher als einen Segen oder als eine Gefahr?“

	Eher Segen %	Eher Gefahr %	Teils/teils Unentsch. %
<b>Bevölkerung insgesamt*).....</b>	<b>26</b>	<b>25</b>	<b>49 = 100%</b>
<i>ALTERSGRUPPEN</i>			
16-29 Jahre.....	44	14	42 = 100%
30-49 Jahre.....	29	23	48 = 100%
50 Jahre & älter.....	16	31	53 = 100%
Berufstätige.....	30	21	49 = 100%
Nicht-Berufstätige.....	21	29	50 = 100%

\*) Deutsche Bev. ab 16 Jahren; 2000 Befragte; face to face; Quotaauswahl; Sept./Okt. 2016. Institut: IMAS-International, München

Ebenfalls zu einem Remis führen die Antworten, wenn die Frage darauf abzielt, wie man zur rasanten Technologisierung des Berufslebens steht. 43 Prozent der Erwachsenen gefällt diese Entwicklung gut, 39 Prozent finden daran allerdings keinen Geschmack. Bei näherer Betrachtung der Befunde stößt man auf geradezu diametrale Gegensätze innerhalb der Altersgruppen und Bildungsschichten. Demgemäß manifestiert sich die Freude am Siegeszug der Technik im Berufsleben bei den Angehörigen der jungen Generation in einer Hinweisquote von 65 Prozent, bei den Senioren beträgt sie hingegen nur 29 Prozent. Akademiker und Abiturienten sind zu 56 Prozent ihrer Zahl von der Entwicklung angetan, Personen mit einfachster Bildung jedoch zu lediglich 28 Prozent.

Fast reziprok verhalten sich die Antworten der beruflich Aktiven zu denen, die nicht im Berufsleben stehen. Bei den Berufstätigen überwiegt die Befürwortung der Technisierung des Alltags mit 51:31 Prozent, bei den nicht Berufstätigen lautet das Verhältnis 32:49 Prozent zugunsten der Skepsis.

FRAGE. "In den meisten Berufen wird ja in irgend einer Form mit Computern oder sonstigen modernen Technologien gearbeitet. Gefällt Ihnen diese Entwicklung, oder ist die rasante Technisierung des Berufslebens nicht nach Ihrem Geschmack?"

	Gefällt mir %	Nicht nach meinem Geschmack %	Kein Urteil %
<b>Bevölkerung insgesamt*).....</b>	<b>43</b>	<b>39</b>	<b>18 = 100%</b>
<u>ALTERSGRUPPEN</u>			
16-29 Jahre.....	65	20	15 = 100%
30-49 Jahre.....	48	33	19 = 100%
50 Jahre & älter.....	29	52	19 = 100%
<u>SCHULBILDUNG</u>			
Volks, Hauptschule.....	28	54	18 = 100%
Weiterführende Schule ohne Abitur.....	48	33	19 = 100%
Abitur.....	57	23	20 = 100%
Univ./Hochschule/Fachhochschule.....	56	28	16 = 100%
Berufstätige.....	51	31	18 = 100%
Nicht-Berufstätige.....	32	49	19 = 100%

Die analytische Betrachtung einer Reihe von Querverbindungen zu diversen Einstellungsfragen führte zur unbestreitbaren Erkenntnis, dass die Gesamtbeziehung zu Computern und Technologien das Lebensgefühl der Menschen grundlegend beeinflusst: Personen, die den neuen Technologien und der Digitalisierung positiv

gegenüberstehen, erleben auch die Gegenwart freundlicher als technologisch Unbedarfte und Widerstrebende.

### Die große Explosion steht noch bevor

Es wäre freilich voreilig, aus diesen demoskopischen Befunden den Schluss zu ziehen, dass die digitalen Hexereien zugleich als sozialpsychologische Wunderdroge wirken und in der Bevölkerung Glücksgefühle auslösen nach der Logik: Je mehr Technik und Digitalisierung, umso besser die Stimmung und das mentale Wohlbefinden. Zum einen ist die Sympathie für die Technologisierung des Berufslebens, wie erwähnt, ein Korrelat zu niederem Lebensalter und hoher Bildung, zum anderen hat der explosionsartige Zuwachs an neuem Wissen nach Ansicht der Experten seinen Höhepunkt noch längst nicht erreicht. Damit sind auch die Automatisie-

rungseffekte im Öffentlichen Bewusstsein noch nicht voll zum Tragen gekommen. Die Teilung der Arbeitswelt in eine Minderheit von qualifizierten und eine Mehrheit von weniger qualifizierten und somit überflüssig werdenden Arbeitnehmern steht noch am Anfang des Transformationsprozesses.

### Der heutige Zustand der Berufswelt

Einen Eindruck vom derzeitigen Stand der Dinge liefern die Antworten der Berufstätigen. Von ihnen berichteten zunächst rund 60 Prozent, dass ihre Betriebe oder Dienststellen zumindest „*ziemlich große*“ Anstrengungen unternommen haben, um Arbeitsabläufe durch Computer oder andere neue Technologien einfacher, schneller und kostengünstiger zu gestalten. Nur bei einem guten Viertel der Auskunftspersonen war das nicht der Fall.

37 Prozent der Berufstätigen gaben zu Protokoll, dass sie selbst ständig irgendwelche Technologien bedienen, weitere 45 Prozent tun dies gelegentlich. Lediglich 17 Prozent der Berufstätigen sind ganz und gar technologieabstinente. Frauen sind im allgemeinen weniger mit Technologien befasst als Männer. Innerhalb der Altersgruppen gibt es hinsichtlich des persönlichen Umgangs mit modernen Dingen relativ geringe Unterschiede, große hingegen innerhalb der Bildungsgruppen: Abiturienten und Akademiker sind zu 67 Prozent mit neuen Technologien befasst, einfach gebildete Personen nur zu 20 Prozent.

### Technologien und Sicherheitsgefühl

Knapp drei von vier der Berufstätigen schätzen ihren Arbeitsplatz im großen und ganzen als gesichert ein, lediglich 17 Prozent fühlen sich allerdings „sehr sicher“. Ein gutes Fünftel der deutschen Berufstätigen bangt nach eigenem Bekenntnis um die existentielle Sicherheit. Überdurchschnittlich groß ist das Sicherheitsgefühl bei den Abiturienten und Akademikern, deutlich geringer bei den Angehörigen der einfachsten Schicht. Mindestens jeder vierte der einfach gebildeten Per-

sonen hat Sorge, seine Stelle zu verlieren.

Ein sehr starker Zusammenhang besteht zwischen Sicherheitsgefühl und Nutzungsintensität neuer Technologien: Personen, die ständig mit neuen Technologien zu tun haben, verspüren ein bedeutend stärkeres Gefühl der existentiellen Geborgenheit als Beschäftigte ohne Technologiebezug.

### Schwieriger Umstieg auf ganz neue Tätigkeit

Indes gilt es im Diskurs über die Zukunft längst als eine Binsenweisheit, dass die Berufswelt von morgen ein Höchstmaß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an die technologische Entwicklung erfordert. Aus allen Ecken tönt die Empfehlung, sich auf den Umstieg auf alternative Berufe vorzubereiten. Wie steht es damit?

Die einschlägigen Ergebnisse der IMAS-Studie sind ernüchternd: Für eine absolute Mehrheit von 53 Prozent aller aktiv im Arbeitsleben stehenden Deutschen wäre es nach eigener Einschätzung schwer, auf eine ganz andere berufliche Tätigkeit umzusatteln, falls das zur Absicherung der eigenen Existenz nötig wäre. Darunter befinden sich 14 Prozent, denen ein solcher Zwang große Probleme bereiten würde. Knapp zwei Fünftel der Berufstätigen würden den Umstieg auf eine ganz andere Tätigkeit nach eigenem Urteil einigermaßen mühelos bewältigen, nur 6 Prozent fiele das nach eigener Einschätzung „*gar nicht schwer*“.

In positiver Auslegung dieser Befunde ließe sich folgern, dass das Gros der Arbeitnehmer die Folgen der Automatisierung vielleicht noch wenig zu spüren bekam und den Roboter einstweilen eher als einen Kollegen, denn als einen Konkurrenten betrachtet. Dies ändert allerdings nichts an der Gewissheit, dass die notwendige Elastizität der Berufstätigen für den Reflex auf die erst beginnenden Umbrüche im Arbeitsleben noch nicht vorhanden ist.

Ein illustratives Beispiel für die Denkmuster



in der Berufswelt liefert eine in Österreich durchgeführte IMAS- Untersuchung, bei der es darum ging, insgesamt 16 berufliche Tugenden nach ihrer Bedeutsamkeit einzustufen. Demnach verwiesen bei der Frage, wovon es in erster Linie abhängen soll, was ein Mensch im Beruf verdient, 59 Prozent auf die körperliche Schwierigkeit der Ar-

beit, 48 Prozent auf die geistige Schwierigkeit, lediglich 23 Prozent auf Anpassungsfähigkeit und Flexibilität.

Der Typus des in Ehren ergrauten Meisters hat als berufliches Idol noch längst nicht abgedankt, obwohl er eigentlich nicht mehr in die Zeit passt. ■ red.-

## MEINUNGEN DER BERUFSTÄTIGEN (55%=100%)

	Berufstätige insges. %	ALTERSGRUPPEN			SOZIALE SCHICHT		
		16-29 %	30-49 %	50J.o.ä. %	A/B %	C %	D/E %
<i>Es sind mit ihrer berufl. Tätigkeit-</i>							
- sehr zufrieden.....	29	27	28	31	37	26	17
- einigermaßen zufrieden.....	52	48	54	51	51	53	53
- nicht besonders zufrieden.....	12	15	12	10	8	13	18
- gar nicht zufrieden.....	3	7	2	3	1	3	6
- keine Angabe.....	4	3	4	5	3	5	6
<i>Es haben m.mod. Technologien-</i>							
- ständig zu tun.....	37	37	38	35	48	34	22
- gelegentlich zu tun.....	45	46	45	45	45	45	47
- gar nicht zu tun.....	17	17	17	19	7	21	31
<i>Es betrachten ihren Arbeitsplatz als-</i>							
- sehr sicher.....	17	16	16	20	23	14	13
- ziemlich sicher.....	55	55	56	54	58	56	54
- nicht besonders sicher.....	19	19	20	16	14	20	24
- gar nicht sicher.....	2	2	2	2	1	1	5
- keine Angabe.....	7	8	6	8	4	9	4
<i>Der Umstieg auf eine ganz andere berufliche Tätigkeit würde-</i>							
- sehr schwer fallen.....	14	11	12	21	13	13	20
- ziemlich schwer fallen.....	42	38	44	41	43	43	38
- nicht besonders schwer fallen.....	31	36	32	24	32	32	24
- gar nicht schwer fallen.....	6	8	5	6	6	6	7
- keine Angabe.....	7	7	7	8	7	6	11
<i>Es betrachten berufliche Weiterbildung als-</i>							
- sehr wichtig.....	29	32	27	30	39	23	18
- ziemlich wichtig.....	49	45	52	46	50	51	43
- nicht besonders wichtig.....	17	19	17	18	9	21	26
- gar nicht wichtig.....	5	4	5	6	2	5	12



**CHEF DER  
ZUKUNFT?**

# **DER ROBOTER- - EIN VORGESETZTER -**

**Eingesammelte Überlegungen zur Digitalisierung  
und der Zukunft der Arbeit** - Von *Tanja Leopold* -

Die Zukunft der Digitalisierung und Robotertechnik bestimmt auch über die Zukunft der Arbeit. Die ARD hat das sehr komplexe Problem in einer Themenwoche von verschiedenen Seiten her beleuchtet und geprüft, was die Digitalisierung für die Wirtschaft, Gesellschaft und für jeden Einzelnen bedeutet. Aus den Reportagen und Experteninterviews ergaben sich eine Reihe von Denkanstößen. Vor allem wurde immer wieder deutlich, dass die Lösungen der auf uns zukommenden Probleme ein radikales Umdenken in der Sozialpolitik und in der Wirtschaft notwendig machen.

Im Alltag bemerkt man die Robotisierung

nicht auf den ersten Blick. Der Fortschritt kommt bisweilen noch auf leisen Pfoten. Worum es geht, ist, dass die menschliche Arbeitskraft in Produktion und Fertigung zunehmend durch Technik ersetzt wird. Ganze Produktionsketten steuern sich digital und autonom. Dieser Vorgang könnte in späterer Folge zu einem Konflikt über die Entscheidungshoheit zwischen Mensch und Maschine führen. Das Internet der Dinge in der Produktion geht eine enge Verbindung zur Welt der Computersysteme ein und bewirkt eine totale Vernetzung. Real vor uns liegt die Möglichkeit, dass Mensch und Roboter in enger Zusammenarbeit hochsensible Aufgaben lösen. Es findet eine Mensch-Robo-

ter-Kooperation statt. Mensch und Maschine werden verschmelzen und man spricht bereits von „Handlanger der Maschinenwelt“. Der Roboter wird allmählich quasi zum Vorgesetzten; die Arbeitsanweisung wird aus einem Stück Metall kommen, von einem technischen System.

Wo bleibt der Mensch, stellt sich die Frage. In vielen Bereichen haben Menschen Existenz- und Zukunftsängste, Angst vor Arbeitslosigkeit und vor sozialem Abstieg. Sie sehen der Auswirkung der Durchdigitalisierung mit berechtigter Sorge entgegen, denn der Bedeutungsverlust des arbeitenden Menschen ist unausweichlich. Beruflicher Erfolg und berufliche Leistung müssen demnach neu definiert und an neuen Werten gemessen werden.

Prof. Niko Paech, Postwachstumsökonom, befürchtet gravierende soziale Probleme, weil viele Menschen überflüssig würden. Er plädiert für eine 30 Stundenwoche und gibt zu bedenken, dass die Wirtschaft schrumpfen müsse. Paech stellt fest, dass Selbstbewusstsein sich aus der Arbeit ableitet. In Zukunft, wenn Menschen durch Arbeitslosigkeit über viel Freizeit verfügen werden, wäre die Möglichkeit, Selbstbewusstsein aus anderen Tätigkeiten als aus Erwerbsarbeit zu ziehen.

In einem Themenwoche-Blog schreibt ein Softwareentwickler, dass er bislang auf keine erkennbare Grenze des Machbaren gestoßen wäre. Seiner Meinung nach werden irgendwann die Fähigkeiten des Menschen von Maschinen übernommen werden. Diese werden schneller, besser, genauer, effizienter, billiger, intelligenter und kreativer sein. Ein messbarer Leistungsvergleich mit Maschinen wird sich mangels Erfüllbarkeit nicht stellen.

**“ Prof. Niko Paech, Postwachstumsökonom, befürchtet gravierende soziale Probleme, weil viele Menschen überflüssig würden. ”**

Für den Menschen und sein Selbstwertgefühl wird die Entwicklung tiefgreifende Folgen haben. Untersuchungen zeigen, dass bei Perspektivlosigkeit und Dauerarbeitslosigkeit Ängste, Stress, Depressionen und körperliche Erkrankungen auftreten. Der schwerwiegende Gesundheitsaspekt wird die Volkswirtschaft enorm viel Geld kosten. Deutsche Gewerkschaften diskutieren bereits, woher das Geld für Sozial- und Rentensysteme kommen soll, wenn es keine oder doch immer weniger festangestellte Arbeitsverhältnisse geben wird. Die Einkommen der unteren Mittelschicht werden kontinuierlich zurückgehen. In den kommenden zwanzig Jahren sollen laut einer amerikanischen Studie, die von der ING DIBA Bank auf Deutschland umgerechnet wurde, 50 Prozent der heutigen Arbeitsplätze durch computergesteuerte Prozesse verschwinden.

Wissenschaftler des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung sehen das aber anders. Sie haben eine Studie über die Folgen der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt erstellt und behaupten, dass die amerikanischen Werte nicht auf die deutsche Berufswelt übertragen werden können. Nach ihren Berechnungen sind nur 15 % aller Tätigkeiten durch Computer ersetzbar.

### **Allgemeines Grundeinkommen als Lösung?**

Tesla Chef Elon Musk antwortet auf die Frage, was mit den neuen arbeitslosen Menschen passieren soll, mit der Feststellung, dass die Menschen über ein universelles Grundeinkommen versorgt werden sollen, das von der Regierung zu berappen wäre. Die Wahrscheinlichkeit sei relativ hoch, dass wir ein universelles Grundeinkommen benötigen. Er wisse nicht, was wir sonst machen sollten. (Die Firma Tesla verwendet übrigens Roboter made in Germany). Zu den weltweit führenden Herstellern von Industrierobotern zählt das deutsche Unternehmen Kuka, das



**50% der heutigen Arbeitsplätze werden durch computergesteuerte Prozesse verschwinden.**

allerdings 2016 zu 95 % vom chinesischen Midea-Konzern übernommen wurde.

Der Sportschuhriese adidas hat 2016 die Sneaker-Produktion aus Asien zurückgeholt und fertigt die Schuhe im mittelfränkischen Ansbach in seiner neuen Speedfactory. „Wir glauben, dass wir hier bessere Qualität produzieren können als in Fernost“, sagt der Vorstandschef: „Die Herstellung von Sportartikeln war bislang kaum automatisiert. Vor allem in China, Vietnam und Indonesien wird derzeit noch von Hand gearbeitet. Doch das soll sich nun nach und nach ändern. „Die Digitalisierung bietet die Chance. Produktionen teilweise (siehe adidas) oder ganz in die Ursprungsländer zurückzuverlagern. Dadurch könnten neue Arbeitsplätze im eigenen Land geschaffen werden. Allerdings wirft eine Rückverlagerung aus den Billig-lohnländern wie China, Thailand, Vietnam usw. neue Fragen auf. Wie werden diese Länder, die gerade damit begonnen haben, eine Industrie aufzubauen, auf diese Entwicklung reagieren?“

**„Bereits voll im Einsatz sind in Japan im übrigen Pflegeroboter.“**

leicht gemacht und kann der Volkswirtschaft brandgefährlich sein.

Eine andere Zukunftsfazette liefert der japanische Robotiker Hiroshi Ishiguro. Er baut Roboter, die aussehen wie die Kopie eines Menschen, Androide, und er glaubt, dass wir uns einst in Maschinen verlieben können. Er erforscht Gesichtsausdrücke, Lachen, Wut, Gestik und Emotionen.

Bereits voll im Einsatz sind in Japan im übrigen Pflegeroboter. So mancher Pflegeheimbewohner würde auch hierzulande eine Pfl egetätigkeit, die ein Roboter verrichtet, angenehmer empfinden, als die eines mancherorts tyrannischen Pflegepersonals. Übergreifen werden die Roboter auch auf die

### **Blicke in die Wunderwelt von morgen**

Ein Paradebeispiel der Vollrobotisierung ist die Autoindustrie, hier wird der Begriff „Handlanger des Roboters“ zum Synonym. Dass wir bald abgasfrei und ohne eine Hand am Lenkrad bequem von A nach B chauffiert werden, ist für Prof. Dudenhöffer nur noch eine Frage weniger Jahre. Er lässt allerdings auch die Gefahren bei der Sicherheit des pilotierten Fahrens nicht unerwähnt und weist auf mögliche Hackerangriffe oder mangelnden Datenschutz hin. Im Zusammenhang damit wird ganz allgemein beklagt, dass der Sicherheitsaspekt der Datensicherung generell zu wenig berücksichtigt wird. Daten von Produktionstechnologien werden in Clouds von Cloudanbietern, deren Sitz sich meistens in Kalifornien befindet, abgelegt. Diese Informationen liegen offen und wie man weiß, sind Cloudlösungen nicht immer sicher. Industriespionage 4.0 ist damit

**Tanja Leopold** lebt als selbstständige Unternehmerin in Süddeutschland und ist als wache Beobachterin des Zeitgeschehens auch publizistisch tätig.



*Ein DASA Roboter der Marke KUKA, welcher früher bei VW eingesetzt wurde.*

Landwirtschaft. Es existieren mittlerweile digitalisierte Bauernhöfe, auf denen 200 Milchkühe vollautomatisch gefüttert, getränkt, gemolken und gereinigt werden, während der Bauer selbst ähnlich einem Ingenieur mit weißem Mantel hinter einer Glaswand steht und am Multi-Touch-Bildschirm tippt und wischt. Landwirte dieser Art haben nichts mehr zu tun mit Tradition und Brauchtum. Die Effizienztechnologie krepelt das archaische Bild des Land Lebens um und verwandelt den Bauern in einen Datenmanager.

Als Digitalisierungen mit weitreichenden sozialen Folgen sind auch Spracherkennungsprogramme einzustufen, die einen gesprochenen

Text in Buchstaben formatieren und in den PC übertragen. Es ist dies ein weiterer Schritt, der dazu führt, unserer Handschrift langsam ade zu sagen. Ansonsten bleibt abzuwarten, wann hierzulande zum ersten Mal ein Lebensmitteldiskonter flächendeckend einen Kleinroboter auf den Markt wirft. Wir werden staunen, lächeln und kaufen.

Radikale Veränderungen durch die Digitalisierung sind nicht zuletzt in der Medizin zu erwarten. Computer der Zukunft werden Ärzte bei Ihrer Arbeit unterstützen. Die Diagnostik 4.0 wird durch Algorithmen Krankheiten im Frühstadium erkennen und identifizieren. In Sekundenschnelle werden Befunde analysiert, Diagnosen erstellt und die Medikation bestimmt werden können.

Zweifelsfrei werden intelligente Programme durch Algorithmen vieles erleichtern und niemand bleibt von 4.0 unberührt. Es werden innovative Arbeitsplätze geschaffen, es werden allerdings auch Arbeitsplätze verloren gehen und vielfältige Probleme mit sich bringen. Roboter werden bis in die kleinsten Mittelstandsfirmen hinein Einzug halten, denn es gibt keinen anderen Weg, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne Digitalisierung und ohne sich mit diesem Thema strategisch auseinanderzusetzen, werden die Unternehmen keine absatzfähigen Produkte und Dienstleistungen anbieten können.

Der Mensch, dieses analoge und dialogische Wesen, muss wohl oder übel erkennen, dass Arbeit in Zukunft softwaregesteuert unter dem Zeichen maximaler Effizienz verläuft. Welche Weichen jetzt gestellt werden müssen, damit der Mensch nicht auf der Strecke bleibt, sondern weiter im Mittelpunkt steht, bleibt der analytischen Phantasie und dem innovativen Vermögen der Politiker überlassen. Das ist freilich eine unbehagliche Gewissheit. ■



**Es werden innovative Arbeitsplätze geschaffen, es werden allerdings auch Arbeitsplätze verloren gehen und vielfältige Probleme mit sich bringen.**





atterseekreis



**Mit dem Attersee.Report  
immer am richtigen Weg...**



- Von Christine Schadenhofer -

**A**llen muss Einlass gewährt werden, tönt es aus der Ecke der einen - dies wäre eine Frage von Moral, Nächstenliebe und Gutherzigkeit. Unkontrollierter, massenhafter Zuzug gefährdet die Identität und Lebensweise zukünftiger Generationen in unserem Land, entgegenen die anderen, und müssen sich dafür nicht selten als Rechtsradikale diffamieren lassen.

Der Asylgedanke hat rechtsphilosophisch temporären Charakter, faktisch geht jedoch Asyl in der Mehrzahl der Fälle hierzulande in ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht über. Vielleicht einer der Gründe, warum die Politik in Österreich wie auch in Deutschland so laut und nachdrücklich vom Staatsvolk die rasche Integration der „Schutzbedürftigen“ fordert, mit Steuermitteln Sprachkurse sponsert und den Arbeitsmarkt öffnen will - man geht offensichtlich davon aus, dass bleiben wird, wer gekommen ist.

Die Politik behandelt Flüchtlinge so, als wären sie Einwanderer, wie Dr. Dietrich Murswiek 1), Professor in Freiburg, in seinem Essay „Nationalstaatlichkeit, Staatsvolk und Einwanderung“ sinngemäß konstatiert. Angesichts einer Million Einwanderer nach Deutschland im Jahr 2015, den höheren Geburtenraten der Zugezogenen

und den noch zu erwartenden Immigranten spricht Murswiek von einer Umstrukturierung der Bevölkerung Deutschlands: „Aus der nach Sprache, Kultur und Geschichte deutschen Mehrheitsbevölkerung wird eine multikulturelle Gesellschaft ohne einheitliche Sprache und Tradition.“ Bleiben die Grenzen für alle Immigrationswilligen ohne jegliche Obergrenze geöffnet, ist laut Murswiek der Nationalstaat mit Gewissheit gefährdet und diese Gefährdung dürfe von der Politik nicht hingenommen oder gar angestrebt werden; die Politik habe vielmehr „in allen Entwicklungen die kulturellen, demografischen, sprachlichen Voraussetzungen des Nationalstaates zu erhalten.“

Nach Universitätsprofessor Dr. Christian Hillgruber 2), Lehrender an der Universität Bonn, ist eine strikte Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen und Arbeitsmigranten unabdingbar. „Flüchtlingsschutz sollte von vornherein zeitlich begrenzt sein, jede Verfestigung des Aufenthaltsstatus vermieden werden und jedenfalls ein regelhafter Übergang vom Status eines Bürgerkriegsflüchtlings zum Status eines Arbeitsmigranten ausgeschlossen sein.“ Dies verhindere nicht nur eine Überforderung des Aufnahmestaates, sondern schaffe die notwendigen Kapazitäten für neu schutz-

#### **Christine Schadenhofer,**

Jahrgang 1963 ist Absolventin eines Wirtschaftsstudiums an der Johannes Kepler Universität Linz. Ihr Werdegang zur Selbständigkeit als Kommunikationsberaterin und Publizistin führte über die Kreativbranche. In ihren Texten tritt sie für Werte ein, die ihr persönlich wichtig sind: Gerechtigkeit, Wahrheit und Freiheit.

Quellen:

Murswiek, Dietrich, Prof. Dr. jur. - Institut für Öffentliches Recht, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, „Nationalstaatlichkeit, Staatsvolk und Einwanderung“

Hillgruber, Christian, Prof. Dr. jur. - Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, „Flüchtlingsschutz oder Arbeitsmigration. Über die Notwendigkeit und die Konsequenzen einer Unterscheidung“

(Beide in „Der Staat in der Flüchtlingskrise - Zwischen gutem Willen und geltendem Recht“, Otto Depenheuer, Christoph Grabenwarter (Hg.), Schönburger Schriften zu Recht und Staat, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2016)

bedürftig gewordene Personen. Hillgruber schlägt für Flüchtlinge längere Sperrfristen am Arbeitsmarkt und beim Familiennachzug vor, Unterstützung solle auf Sachleistungen zur Ermöglichung der Existenz beschränkt werden. Es müsse klargestellt werden, dass das Aufenthaltsrecht mit Wegfall des Asylgrundes erlischt und der Bewerber in sein Heimatland zurückkehren muss.

Dagegen solle notwendige und wichtige Arbeitsmigration entsprechend den Bedürfnissen des heimischen Arbeitsmarktes ermöglicht werden. Hillgruber vergleicht Deutschland mit einem „Haus mit zwei Eingangstüren“ - eine Drehtüre für Schutzbedürftige, die kommen und nach Wegfall der Gefährdung wieder gehen und eine Eingangstür, an der man sich um dauerhaften Eintritt bewirbt, die jedoch nur von innen geöffnet werden kann.

Die Aussicht, mit fast an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hier bleiben und die Familie nachholen zu können, wenn man es einmal nach Österreich oder Deutschland geschafft hat, motiviert Menschen, sich auf den Weg zu machen. So ist auch zu erklären, dass mehrere Länder durchquert werden, ehe im Staat seiner Wahl um „Asyl“ angesucht wird. Es ist vollkommen verständlich, dass Menschen versuchen, ihre Lebensmöglichkeiten in wohlha-

benden Staaten zu verbessern, jedoch gibt es darauf keinen Rechtsanspruch, den Zielstaaten zu erfüllen verpflichtet wären.

Es ist naiv anzunehmen, dass die Migrationsbewegung bereits am Ende angekommen wäre, vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass weitere Millionen nachdrängen werden, vor allem aus Afrika, wo in den nächsten drei Jahrzehnten mit einer Verdoppelung der Bevölkerung auf mehr als 2 Milliarden Menschen gerechnet wird. Daher ist es für Europa und seine Nationen unabdingbar, die Weichen für die Zukunft politisch richtig zu stellen.

Eine Multikulti-Gesellschaft mag manchen erstrebenswert erscheinen, und die Auslöschung von Völkern, Nationen ist historisch nichts Neues. Dass jedoch politische Entscheidungsträger zum Identitätsverlust ihres eigenen Staatsvolkes beitragen, ist nicht hinnehmbar oder wie Murswiek im Hinblick auf die Handlungsweise Deutschlands im Herbst 2015 formuliert: Die Bundesregierung „ist nicht berechtigt, die Identität des Volkes, das sie repräsentiert und dessen Wohl zu wahren sie geschworen hat, einwanderungspolitisch aufzulösen.“

Gleiches mag wohl auch für die österreichische Politik gelten. ■

Schönburger Schriften  
zu Recht und Staat

Otto Depenheuer,  
Christoph Grabenwarter (Hg.)

Der Staat in der  
Flüchtlingskrise

Zwischen gutem Willen und  
geltendem Recht

- BUCHBESPRECHUNG -

„Der Staat in der Flüchtlingskrise“

Im kürzlich erschienenen Buch „Der Staat in der Flüchtlingskrise“ haben sechzehn Staatsrechts-Lehrer das Handeln des deutschen Staates während der hunderttausendfachen Migration im Herbst 2015 unter die Lupe genommen. Im Vorwort heißt es: „Der Rechtsstaat ist im Begriff, sich im Kontext der Flüchtlingswelle zu verflüchtigen, indem das geltende Recht faktisch außer Kraft gesetzt wird. Regierung und Exekutive treffen ihre Entscheidungen am demokratisch legitimierten Gesetzgeber vorbei, staatsfinanzierte Medien üben sich in Hofberichterstattung, das Volk wird stummer Zeuge der Erosion seiner kollektiven Identität. Was bleibt, ist Verunsicherung; was droht, ist wachsende Radikalisierung; was Not tut, ist das Aufzeigen Orientierung stiftender Perspektiven.“

„Der Staat in der Flüchtlingskrise -  
Zwischen gutem Willen und geltendem Recht“

Otto Depenheuer, Christoph Grabenwarter (Hg.) Schönburger Schriften  
zu Recht und Staat, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2016



# Uwes Gedanken

„Unser Uwe“, wie der berühmte Stürmer Seeler von seinen Anhängern liebevoll genannt wurde, feierte kürzlich seinen 80. Geburtstag. Der sympathische Hamburger zählte auf dem grünen Rasen zu den ganz Großen seiner Zeit und verstand es, den Ball aus den unmöglichsten Lagen ins gegnerische Tor zu bugsieren. Eigenwillig waren aber auch die Gedanken, mit denen er sein fußballerisches Tun intellektuell begleitete. Ein paar Kostproben aus seinem Sprachschatz geben davon Zeugnis:

„Ein Mittelstürmer verbringt die meiste Zeit seines Lebens im Strafraum“.

„Erst wenn der Schiedsrichter abpfeift, ist das Spiel zu Ende oder gewonnen“.

„Wenn im Fernsehen Fußball läuft, muss alles um mich herum ruhig sein. Da bin ich wie weggetreten.“

„Die Werte des Lebens habe ich von meinen Eltern bekommen. Besonders von meinem Vater und meiner Mutter“.

„Wir stehen mit dem Rücken nicht mehr an der Wand, sondern in der Wand“.

„Ich bin dafür, jetzt erst einmal mit der Relation im Dorf zu bleiben“.

„Wenn sich der Gegner hinten etwas entblöbt, ist es einfacher für unsere Jungs“.

Auch der um 17 Jahre jüngere Wiener Kicker Hans (Hanse) Krankl verfügte über einen messerscharfen Verstand: Eine seiner Erkenntnisse:

„Wir müssen gewinnen, alles andere ist primär“.

Ein anderer aus der großen Vergangenheit des Wiener Fußballs – Max Merkel – befand später als Trainer über einen seiner Spieler:

„Das Schlaueste an ihm ist der Weisheitszahn“.



Der Mittelstürmer im Strafraum.

—— Meinungsforschung und Demokratie ——

# UNVERDIENTE PRÜGEL

**E**s gehört mittlerweile zu den Ritualen, nach einer Wahl Spott und Hohn über die Meinungsforscher zu ergießen, selbst dann, wenn die gemessenen Wähleranteile nur innerhalb relativ geringer Spannen vom Endergebnis abweichen. Allerdings, auch Fieberthermometer messen nicht immer die exakt gleiche Temperatur. Schlimm bestellt ist es mit den Demoskopern, wenn, wie jetzt in den USA geschehen, letztlich der „falsche“, nämlich nicht erwartete Name auf der Siegerliste steht.

Gewiß - die Optik war fatal, denn die Prognostiker hatten ja Hillary Clinton als klare Gewinnerin des Rennens vorausgesagt, tatsächlich aber ging Donald Trump als Erster durchs Ziel. Für amateurhafte Beobachter des Geschehens war das ein Anlaß, der Meinungsforschung wieder einmal eine gehörige

Tracht Prügel zu verabreichen und von Kafeesudleserei oder gar Manipulation zu sprechen. Aber lagen die Demoskopern wirklich daneben?

Alles sieht anders aus, wenn man das amerikanische Wahlergebnis nicht nach der dort üblichen Zahl der Wahlmänner, sondern nach der Zahl der bundesweit abgegebenen Stimmen betrachtet. De facto hat Hillary Clinton um ca 200 000 Stimmen mehr bekommen als der Republikaner. Nach unserem Wahlrecht hätte sie damit hauchdünn gewonnen. Die Optik des demoskopischen Versagens entstand vor allem durch das aus dem 18.Jh. stammende US-Wahlrecht, das den Stimmen unterschiedliche

Gewichte zuweist.



	Anzahl der Stimmen	Proport. Anteil	Zahl der Wahlmänner
Clinton.....	59,4 Mio.	47,7%	232
Trump.....	59,2 Mio.	47,5%	290

Dass Hillary Clinton letztlich deutlich weniger Stimmen bekam als von den Demoskopien zuvor ermittelt, wurde mit einem Schweigeverhalten bürgerlicher Wähler erklärt, das der Allensbacher Prognostiker Friedrich Tennstädt bereits im Gefolge der 68er-Revolution in Deutschland beobachtete. Tennstädt registrierte in den Umfragen des IfD-Allensbach einen notorischen, durch faktisches Wahlverhalten nicht gedeckten Überhang von SPD-Präferenzen. Aus dieser Erkenntnis heraus entwickelte er eine geniale analytische Strategie, nämlich das Indizieren einer zusätzlich gestellten „Rückfrage“ am vorhergegangenen Wahlergebnis. Daraus ergab sich ein Gewichtungsfaktor, aus dem sich die „heutige“ Wählermeinung errechnen ließ. Die Tennstädt'sche Methode bescherte Allensbach Jahrzehnte hindurch eine Kette von geradezu phänomenal genauen Prognosen und setzte sich auch in Österreich erfolgreich durch.

Der erwähnte Schweigemechanismus ist unverändert existent. Er ließ sich heuer zeitgleich an drei am selben Tag abgehaltenen deutschen Landtagswahlen nachweisen. Bei



diesen Wahlen wurden fast alle Parteien von den prognostizierenden Instituten sehr zuverlässig erfaßt, lediglich die massiven Stimmenzuwächse der als rechtsextrem verteuflten AfD wurden durchwegs unterschätzt. Es ist offenkundig, dass viele Sympathisanten der AfD in dem von den Medien bewirkten repressiven Stimmungsklima eine Scheu hatten, sich im demoskopischen Interview zu deklarieren. In Österreich hat sich das Schweigeverhalten von rechts der Mitte stehenden Wählern in der jüngeren Vergangenheit abgeschwächt. FPÖ-Anhänger sind jetzt artikulationsbereiter als früher. Sie spüren, dass sie sich nicht mehr in hoffnungsloser Unterzahl befinden.

### Wechselbereitschaft und Parteienvielfalt

Was den Demoskopien methodischen Kummer bereitet, ist freilich nicht nur die Furcht der Bürger, sich mit ihrer ehrlichen Meinung in einem vergifteten Klima die Finger zu verbrennen, sondern auch die gegenüber früher stark erhöhte Wechselbereitschaft der Wähler. Dazu gesellt sich als weiteres Problem ein erheblich breiter gewordenes Parteienspektrum.

Die Situation der Meinungsforscher ist im Grunde vergleichbar mit der eines Jägers, der einen sehr rasch fliegenden und permanent seine Position wechselnden Vogel mit einem einzigen Schuß treffen muss. Vorwahlzeiten sind außerdem politische Erregungszustände, in denen sich die Wähler gern ungeschlüssig werden und - bildlich gesprochen - besonders oft von einem Ast auf den anderen hüpfen. Man sollte einsehen, dass es für Demoskopien in solchen Extremsituationen ungleich schwieriger ist, ins Schwarze zu treffen, als zu normalen Zeiten. Ungeachtet all dieser Schwierigkeiten bleibt die moderne Umfrageforschung das mit Abstand tauglichste Instrument der Massendiagnose.

### Ein Blick auf die Ursprünge

Das Bedürfnis, Meinungen und Verhaltensweisen der Menschen kennenzulernen, ist uralte. Historische Vorväter der Demoskopie sind Volkszählungen und Steuerlisten (etwa ab 3000 v. Chr. die erste römische Volkszählung).

“

***In Österreich hat sich das Schweigeverhalten von rechts der Mitte stehenden Wählern in der jüngeren Vergangenheit abgeschwächt.***

lung fand laut Thomas Petersen 535 v.Chr. statt. Im Mittelalter und früher Neuzeit gab es dann schon Fragekataloge, wie etwa zum Zustand der Ortskirchen. Elisabeth Noelle wußte zu berichten, dass Karl der Große mehrere Umfragen durchführen ließ, deren Fragebogen und Antworten erhalten geblieben sind. Der Kaiser hatte den Bischöfen des Reiches standardisierte Fragebögen zugeschickt, um vergleichbare Antworten auf bestimmte kirchliche Streitfragen zu erhalten, beispielsweise die Taufe. Rund 750 Jahre später - zwischen 1558 und 1565 - interviewte ein spanischer Franziskanermönch an verschiedenen Orten Mexikos Einheimische mit Hilfe eines Leitfadens. Aus den daraus gewonnenen Informationen entstand ein umfassender Bericht über die aztekische Sprache und Kultur.

Bis zum Ende des 18. Jh. wurden dann Umfragen häufiger. In einer davon wurde in England ein Interviewer ein ganzes Jahr mit einem Fragebogen herumgeschickt, um die Lage der Armen zu erkunden. Im 19. Jh. entstand die mit dem Namen Quetelet verbundene moderne Sozialstatistik. Der nächste Schritt bestand in der Entwicklung von Wahrscheinlichkeitstheorie und Stichprobenverfahren. Im Jahr 1912 stellte der Engländer Sir Arthur

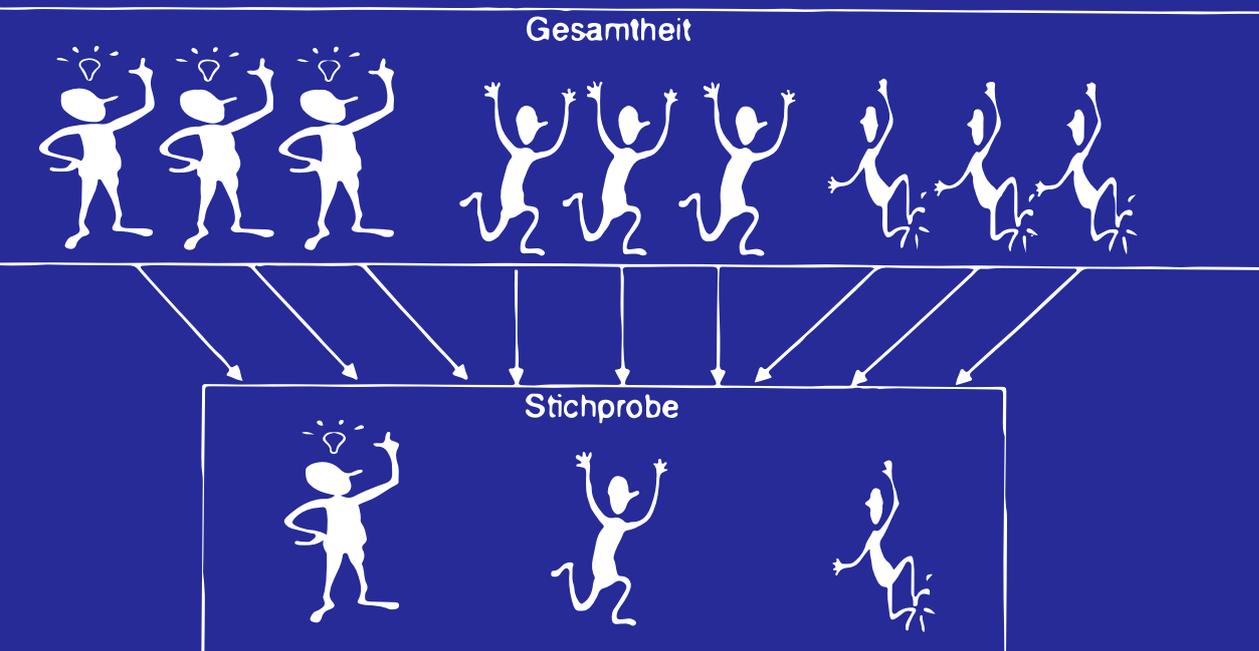
Bowley die erste repräsentative Stichprobe vor. Damit war es dann nicht mehr weit zu den standardisierten Massenumfragen.

### Demoskopie in der Gegenwart

Der öffentliche Durchbruch der Methode gelang dem Amerikaner George Gallup 1936 mit einer Prognose der ersten Wahl von Franklin D. Roosevelt. Zu den neuesten Entwicklungen zählen apparative Erfassungsmethoden (Messung von TV- und Radionutzung, Kaufverhalten am POS etc.) sowie die Kombination von Daten und Meßergebnissen

Im Prinzip beruht die demoskopische Methode, mit der gesellschaftliche Massenerscheinungen gemessen und analysiert werden, darauf, dass man für die Stichprobe ein maßstabgetreues verkleinertes Modell auswählt und einem standardisierten, in der Regel mündlichen Interview unterzieht. Die Stichprobe ist dann korrekt, wenn jedes Element der Gesamtheit, das repräsentiert werden soll, die mathematisch gleiche und von 0 verschiedene Chance hat, in die Auswahl zu gelangen. Für die Auswahltechnik, also die Stichprobe, gibt es zwei Verfahren, nämlich die Random- (Probability-) Methode und

**Das Prinzip der repräsentativen Stichproben:  
Jede(r) Angehörige der zu befragenden Gesamtheit muss dieselbe Chance haben,  
in die Stichprobe zu gelangen.**



das Quotenverfahren, bei dem sich der Interviewer die Zielpersonen nach vorgegebenen statistischen Merkmalen aussucht.

Der Bogen der Nutzbarkeit der Demoskopie spannt sich über Sozialforschung, Mediaforschung, Konsum- und Investitionsgütermarktforschung, Geldmarktforschung, Werbewirkungsforschung, Rechtsgutachten (z.B. bei Fragen der Verkehrsgeltung von Markennamen), Medizin- und Pharmaforschung bis hin zu religionssoziologischen und gesellschaftspolitischen Problemstellungen.

In der Wirtschaft hat die Umfrageforschung längst den Status der Unverzichtbarkeit erlangt. Gerade die großen, erfolgreichen Unternehmen tun in Wirklichkeit keinen Schritt, ohne zuvor ihren Markt gründlich erkundet und das Planungsrisiko tief reduziert zu haben. Ganz allgemein besteht ein wesentlicher Nutzen der modernen Demoskopie darin, dass sie die Reaktionsfähigkeit einer Firma, einer Partei oder eines Systems auf den ökonomischen oder politischen Wandel erhöht. Dieser Vorzug wird von Wirtschaftsunternehmen zweifellos konsequenter genutzt als von politischen Institutionen.

### **Telefon zwischen Wählern und Regierenden**

Was die Politik betrifft, ist die Demoskopie als ein System der Informationsrückleitung von „unten“ nach „oben“, also von der gesellschaftlichen Basis in die Organe der politischen Repräsentation zu verstehen. Sie ist gewissermaßen das Telefon, mit dem sich die Wählerschaft der politischen Führung verständlich machen kann. Eine seriös betriebene Umfrageforschung kann im Idealfall eine wichtige Aufgabe im gesellschaftlichen Getriebe erfüllen, indem sie den Regierenden eine bessere Kenntnis von den Regierten verschafft und damit zur Harmonisierung beider Teile beiträgt.

Auf einem anderen Blatt steht, ob das Instrument von Politik und Medien in diesem Sinne begriffen und genutzt wird. Aus der Perspektive des Insiders sind Zweifel angebracht.

Hinsichtlich der Medien ist es so, dass sie vor allem an Partei- und Politikerpräferenzen interessiert sind, um ihrem Publikum ein spannendes Horse-Race-Erlebnis zu bieten. Die Politiker andererseits wehren sich geradezu leidenschaftlich dagegen, menschliches Verhalten empirisch statt spekulativ – nach Wunschbildern und „Bauchgefühl“ – zu betrachten.

In den Parteizentralen ist eine merkwürdige Blindheit gegenüber den diagnostischen Möglichkeiten der Demoskopie zu beobachten mit der Konsequenz, dass man sich mit dem Wissen über Popularitätswerte, momentane Parteineigungen und andere vordergründige Informationen begnügt und wenig Neugier an den Motiven der Wählermeinung sowie an den Strömungen des Öffentlichen Bewusstseins entwickelt. Diese Stumpfheit hatte z.B. zur Folge, dass manche von der Demoskopie aufgezeigten Frühsignale von Entwicklungen (Stichworte: „Geburtenarmut“, „Pflegerotstand“, „Folgen des demographischen Wandels“) regelrecht verschlafen wurden.

Derzeit sind Politik und Medien drauf und dran, die tiefe Furcht der Österreicher vor der Islamisierung Europas, der Sehnsucht nach Bewahrung der eigenen Lebensform und insgesamt das Unbehagen der Bevölkerung am Zeitgeschehen trotz materiellen Wohlstands zu verkennen. Das Versäumnis ist sträflich und hat eine historische Dimension. Parteizentralen und Redaktionen sollten sich aber später einmal nicht darauf ausreden, es sei ihnen nicht zeitgerecht und statistisch-repräsentativ gesagt worden. ■  
empiricus

**“ Eine seriös betriebene Umfrageforschung kann im Idealfall eine wichtige Aufgabe im gesellschaftlichen Getriebe erfüllen, (...)**

